

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktägige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Inserationsgebühre
berücksichtigt werden kann
25 Pfennige,
für Arbeitsmarkt, Vereins- und
Versammlungsangelegenheiten
15 Pfennige,
Kundliche Inserate 25 Pf.
Anzeige für die nächste Nummer
müssen bis Veröffentlichung über in der
Abrechnung abgegeben werden.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 263.

Mittwoch, den 10. November 1909.

20. Jahrgang.

Stadtverordneten-Wahlen in Schlesien.

In einer ganzen Anzahl schlesischer Städte beteiligt sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft in diesem Jahre zum ersten Mal an den Wahlen zu den Kommunalparlamenten und es scheint, als sollte diese Beteiligung hier und da auch von Erfolgen gekrönt sein.

Bisher gab es in Schlesien nur vier städtische Gemeinden, die Arbeitervertreter aufwiesen: Breslau, Görlitz, Bunzlau und Gottesberg. In Breslau gelang es erst im vergangenen Jahr, zu den seit 12 Jahren besessenen 2 Mandaten 4 neue hinzu zu erobern, Görlitz hatte in der vergangenen Woche das Glück, in der ganzen 3. Abteilung zu siegen. Der Ueberkumpelungssieg in Bunzlau wurde uns vor zwei Jahren wieder freitlich gemacht, aber die dortigen Erfolgen gehen in diesem Jahr mit neuem Mut in den Wahlausgang.

Zu den Städten, in denen sich unsere Genossen in diesem Jahre an den Stadtverordnetenwahlen überhaupt zum ersten Male beteiligen, gehört Hirschberg, Sagan, Brieg, Ohlau, Strehlen, Zauer, Neustadt, zum wiederholten Male beteiligt sich Freiburg.

Die Gegner buchen es schon als eine erheblichen Gewinn, wenn die Sozialdemokratie bei der ersten Beteiligung die Mandate nicht erobernd und so trompeteten sie es freudig in die Welt hinaus, daß die Genossen in Sagan und Hirschberg keine Mandatserfolge errangen.

In Brieg, wo man am Montag die Wahlen vornahm, ist ihnen selbst diese Freude nicht geblieben. Alle 4 sozialdemokratischen Kandidaten befinden sich in Stichwahl und mindestens einer von ihnen muß ins Kommunalparlament einziehen — das hat selbst der aufgeregte Bürgermeister Peppel durch sein eigenartiges Beiraten gegenüber Sozialdemokraten im Wahl-Lokal nicht hindern können. Angetreten wäre es gewesen, der Herr Oberbürgermeister, der Erwählte der Stadtverordneten, hätte sich in das Wahlgeschäft überhaupt nicht eingemischt, sondern dies ruhig dem dafür ernannten Stadtrat überlassen. Er hätte es viel nötiger gehabt, vorher für die notwendige Anzahl von Wahllokalen zu sorgen, damit jeder Bürger sein Recht ausüben könne, was gestern angefischt der mangelnden Fähigkeit der katholischen Ämter, die Bedürfnisse des Tages zu schägen, nicht möglich war.

Dennoch erhielten unsere Genossen prächtige Stimmenzahlen. Gewählt wurde nur der sehr populäre bürgerliche Arzt Dr. Latsch mit 386 Stimmen, 6 Stimmen über die absolute Mehrheit, dann folgten mit ihren Stimmenzahlen die Genossen Nietsche mit 345, Pollek mit 342, Warthmann und Nychlicki mit je 310. Die zwei folgenden bürgerlichen Kandidaten, Tischlermeister Gaus und Lehrer Warlus, erhielten 310 und 240 Stimmen. Unsere Genossen gehen mit bester Stimmung in die Stichwahl und hoffen, alle drei Mandate zu holen. Sie wissen aber sicher, daß ihr Kampf nicht ganz erfolglos sein wird.

In Neustadt gelang es den Genossen ebenfalls auf den ersten Blick, zwei Sozialdemokraten in die Stichwahl mit den bisherigen Zentrumskandidaten zu bringen. Da die Neustädter Schwarzen den Hochmutskoller haben, werden sie ob dieses Zeichens unserer Gesundheit selbstanfang einige Magenbeschwerden erleiden, wenn es unserer Genossen nicht gelingen sollte, die Mandate völlig zu erobern.

In Freiburg kommen die Genossen Fleischer und Bildner in Stichwahl mit zwei gänzlich farblosen bürgerlichen Kandidaten.

Überall geht es vorwärts! Die gute Sache siegt!

Auf den Pfaden des Umsturzgesetzes.

Von Wolfgang Seine.

Am 18. Januar 1909 beschloß Fürst Bülow im preußischen Landtag sich darüber, daß die Unethigkeit der bürgerlichen Parteien die Reichsregierung an gesetzlichen Maßnahmen gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie — will sagen, an der Einführung des Umsturz-Gesetzes — gehindert hätte, und er ließ durchblicken, daß die Einigung aller bürgerlichen Parteien wünschenswert wäre, um solche Maßregeln gegebenfalls durchzudrücken. Als Mann des „Geistes“ richtete er aber zugleich eine Warnung an den Liberalismus, der durch seine Kritik am Staatswesen der Sozialdemokratie Waffen für ihr Arsenal lieferte.

Wenige Tage darauf wußte das „Berliner Tageblatt“ zu melden, daß Bülow mit seiner Rede Wünschen aus Ostpreußen entgegengelommen wäre, und daß diese Kreise darauf drängten, die bevorstehende Revision des Strafgesetzbuches zur Verschärfung der politischen Strafgesetze zu benutzen.

Der jetzt veröffentlichte Vorentwurf bestätigt dies in vollstem Maße. Mag er einige Fortschritte auf anderen

Gebieten enthalten, zum Beispiel eine sachgemähere Behandlung des Diebstahls und eine Milderung mancher Strafmaße, die Strafgesetze von politischer Bedeutung sind teils ohne Rücksicht auf die allgemeinen Beschwerden unverändert geblieben, teils in Hinsicht der Strafmaße verschärft, in der Fassung erweitert. Noch mehr wie früher wird das freie Wort eingeengt, die politische Kritik bedroht und von willkürlicher richtlicher Auslegung abhängig sein. Dagegen werden die zum Schutz der Staatsbürger gegen politische Unterdrückung gegebenen Strafgesetze, die schon bisher nicht sehr wirksam waren, noch in erheblichem Maße abgeschwächt.

Eine ernsthafte Besserung findet sich im Vorentwurf nur beim Heiratsvertrag (Entwurf § 155, Strafgesetzbuch § 166). Hier wird bei der sogenannten Gotteslästerung zwar das Erfordernis der „Erregung öffentlichen Aberglaubes“ breitigt, aber die Bestrafung auf den Fall der „Böswilligkeit“ beschränkt. Das ist ein kleiner Fortschritt, geeignet, die wissenschaftliche Kritik hier und da vor Misslungen zu schützen; freilich bei der Unbestimmtheit des Ausdrucks „böswillig“ durchaus nicht genügend, um diesen Erfolg in allen Fällen zu sichern. Der willkürlichen Anwendung ist noch immer ein weiter Spielraum gelassen. Wichtigster ist, daß in § 155 des Entwurfs (Str.-G.-V. § 166, Abs. 2) nur die Kirchen selbst, nicht mehr ihre „Einrichtungen und Gebräuche“ gefährdet werden sollen, daß dabei auch Haft- oder Geldstrafe zugelassen wird. Nur denkt man nicht etwa, daß das eine Konzession an eine freiere Auslegung der Religion und an die Ungläubigen wäre; nein, hier wird eine Fortsetzung der protestantischen Theologie erfüllt, die bei ihren Angriffen gegen katholischen Religionsdienst und Kultus wundertätiger Gnadebildern mehrfach unangenehm an § 166 Str.-G.-V. angerannt war.

An der Spitze der politischen Verbrechen steht der Hochverrat. Den „Angriff auf das Leben“ des Kaisers oder eines Bundesfürsten will der Entwurf unter allen Umständen mit dem Tode bestrafen. Das ist eine Erweiterung gegen das bisherige Gesetz, insoweit nun auch der nicht mit Verleumdung ausgeführte Todesschlag darunter fallen würde. Wozu diese unfruchtbare Verschärfung, die keinen praktischen Bedürfnis dient? Wozu die unbedingte Festhaltung an der Todesstrafe, die unser menschliches Gefühl verletzt? — Lediglich um zu zeigen, daß der Organismus von 1909 dem von 1870 weit über ist. — Die anderen Fälle des Hochverrats sind ebenfalls statt eingeschränkt zu werden, noch etwas erweitert. An Stelle der „Aufforderung zu hochverräterschen Handlungen“ soll schon die „Aufreizung“ bestraft werden, das heißt die Erzeugung einer „einem hochverräterschen Entschluß günstigen Stimmung und Stimmung“. Damit kann jede politische Agitation getroffen werden; denn nichts ist leichter, als zu behaupten, daß sie eine Stimmung schaffe, die in irgend welcher Zukunft einmal zu irgend welchen unbestimmten revolutionären Akten führen könnte.

Eine solche Einigung der politischen Verbindung ist geradezu gemeingefährlich; der Prozeß gegen Liebknecht hat bewiesen, was schon unter den heutigen Gesetzen in dieser Beziehung möglich ist. Eine Verschärfung war wirklich unnötig. Selbst die Verfasser des Umsturzgesetzes von 1894 haben sich nicht getraut, dergleichen vorzuschlagen.

Wir leiden bereits jetzt unter einer Unzahl von Strafgesetzen, die hauptsächlich gegen die öffentliche Ausübung von politischen Überzeugungen gerichtet sind.

Hier stehen in erster Reihe die §§ 110 und 111 des jetzigen Strafgesetzbuches, die öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze oder Verordnungen und zur Verübung strafbarer Handlungen. Der Entwurf (§ 131) will Isofern eine Milderung eintreten lassen, als die öffentliche Aufforderung zur Verübung von Übertretungen nicht mehr bestraft werden soll. Nur die Aufforderung zu Verbrechen und Vergehen soll unter das Strafgesetz fallen. Eine bloß scheinbare Verbesserung dagegen ist es, wenn die Strafbarkeit dieser öffentlichen Aufforderung von einer „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ abhängig gemacht wird. Eine solche werden die Straf Richter immer annehmen, weil ihnen jede Kritik an den Gesetzen, jede Behauptung, daß deren Handhabung ungeeignet wäre, schon als „ordnungsgefährlich“ zu erscheinen pflegt. Wesentlich verschärft ist aber das Strafgesetz dadurch, daß auch hier nicht nur die „Aufforderung“ zum Ungehorsam und zu strafbaren Handlungen unter Strafe gestellt werden soll, sondern schon die „Aufreizung“.

Welche Tragweite dies hat, ist schon bei der entsprechenden Erweiterung des Hochverratsbegriffs erörtert worden. Jede scharfe Kritik eines Gesetzes oder seiner Handhabung ist in Gefahr, als Aufreizung zum Ungehorsam, und wenn das Gesetz Strafandrohung enthält, als Anreizung zu Vergehen oder Verbrechen ausgelegt zu werden.

Darin liegt bereits eine schwere Gefahr für die Neuhebung politischer Überzeugungen und die Agitation. Noch ärger wird aber die Sache dadurch, daß nunmehr auch die „Verherrlichung begangener Verbrechen“ bestraft werden soll. Das geht weit über das Buchausgebot von 1894 hinaus, das in seinem § 111a Strafe nur androhte, falls Verbrechen oder einzige bestimmte Vergehen

angepriesen oder als erlaubt dargestellt wurden. Die Fassung des Vorentwurfs zieht weder sachliche noch zeitliche Grenzen. Die Verherrlichung der Ereignisse von 1848 oder der französischen Revolution, die ja aus lauter Handlungen zusammengesetzt ist, auf welche die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches zutreffen, würde man darunter rechnen. Die Hinrichtung Karls des Ersten und vielleicht die Thronenmorde des Altertums desgleichen. Sicherlich müßte konsequent auch die Verherrlichung des revolutionären Staatsstreiches, auf dem die preußische Verfassung beruht, danach bestraft werden, nur daß sie, schwerlich ein Ankläger gegen die begeisterten Verfechter dieser Gewalttat finden würde.

Von allen politischen Strafbestimmungen des gestrigen Gesetzes hat wohl zu den größten Missbrüchen der § 130 (Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten) geführt. Diese Bestimmung ist eine Erbschaft aus der preußischen Reaktionssperiode nach 1848. Der damalige „Haß- und Verachtungsparagraph“ war in den fünfzig und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in so gehässiger und gemeingefährlicher Weise gegen die politische Opposition, namentlich die Presse, angewendet worden, daß der norddeutsche Reichstag eine gründliche Beschneidung dieser Strafbestimmung für nötig hielt. Diese erfolgte in § 130 Str.-G.-V., wonach nicht mehr die Erregung von Haß und Verachtung zwischen Bevölkerungsklassen, sondern nur die „Anreizung zu Gewalttätigkeiten“ und zwar, wenn sie „den öffentlichen Frieden gefährdeten“, unter Strafe gestellt wurde. Man dachte an Unrechts zu bestimmten naheliegenden Gewalttaten. Seitdem hat die Rechtsprechung es fertig gebracht, durch eine ausdehnende Auslegung aller Kautullen gegen Missbräuche praktisch zu befreiten und wiederum die bloße Erzeugung einer „Stimmung“ als strafbar zu erklären, die vielleicht irgende wo und irgend wann in noch so ferner Zeit zu noch so unbekannten und unbestimmbaren Ausschreitungen führen könnte. (Man denkt nur an die Breslauer Aufreizungsprozesse.) Damit sind wir glücklich hinter den preußischen Haß- und Verachtungsparagraphen gelangt. Von diesen Parteien ist eine Bestaffung dieses Unfugs gefordert worden; der Vorentwurf aber nimmt nicht die geringste Rücksicht darauf. Er will an der Bestimmung nichts ändern, will sogar die Geldstrafe noch erhöhen, will nur, seinem Straffähigkeitsentsprechend, neben Gefängnis auch Haft zulassen.

Dasselbe gilt von § 131 des Strafgesetzbuches (im Entwurf § 138), der „Verächtlichmachung von Staatsseinrichungen“ durch wissenschaftlich unbekannte Behauptungen. Auch mit dieser Bestimmung ist erheblicher Missbrauch getrieben worden, um die Opposition an freiheitlicher politischer Kritik zu hindern. Auch daran will der Vorentwurf nichts ändern, aber die Strafe erhöhen. Die Bestimmungen der §§ 130, 131 des Str.-G.-V. noch zu verschärfen, noch schwammigere und vieldeutigere Ausdrücke zu wählen, war eben schlechterdings unmöglich; lediglich aus diesem Grunde begnügt sich der Vorentwurf mit ihnen.

(Schluß folgt.)

Politische Übersicht.

Das letzte Wahlwerk. Als letztes Wahlwerk gegen die hereinbrechende rote Flut wird jetzt das preußische Kreiswahlrecht von den Konservativen alljährlich in allen Tonarten besungen. „Niemals“, meint die „Kreuzzeitung“, „ist so deutlich wie heute die Notwendigkeit hervorgetreten, unter Preußen als unüberwindlich starken Wall gegen den demokratischen und sozialdemokratischen Ansturm inhaft zu erhalten.“ In derselben Nummer jammert irgend ein durchgefesselner sächsischer Rittergutsbesitzer:

„Der Ausgang der Wahlen hat denklich bewiesen, daß die Wahlreform ein „ihres bedenklichsten Art“ war und daß das Pluralwahlrecht keine Gewalt gegen eine Radikalisierung des Landestages bietet. Die Tat ist, daß in einzelnen Wahlkreisen viele Hunderte von Wählern mit 4 Stimmen sozialdemokratische Wahlrechte abgegeben haben, nicht das in das bestellte Zahl. Ein Pluralwahlrecht mit nur bestellter Stimmenhäufung (in Sachsen Maximum: 4 Stimmen) hindert die Sozialdemokratie nicht, die höchste Stimmenzahl an erreichen, so sie nur einmal die Wette für sich hat und darüberhinaus viele ihrer Anhänger durch die Staffelung bis zur höchsten Stimmenzahl so lange können, zumal die Wetterstimme unter den weniger gebildeten und weniger bewußten Wählern ausgeht.“

In Sachsen kann man unten Ratschläge, solange es Zeit war, nicht Gehör gesucht. Für Preußen aber besteht das „Diszcit nominis“, daß jüngst in der „Kreuzzeitung“ sich vernehmen ließ, zu

„Der Ausgang der Wahlen hat denklich bewiesen, daß die Wahlreform ein „ihres bedenklichsten Art“ war und daß das Pluralwahlrecht keine Gewalt gegen eine Radikalisierung des Landestages bietet. Die Tat ist, daß in einzelnen Wahlkreisen viele Hunderte von Wählern mit 4 Stimmen sozialdemokratische Wahlrechte abgegeben haben, nicht das in das bestellte Zahl. Ein Pluralwahlrecht mit nur bestellter Stimmenhäufung (in Sachsen Maximum: 4 Stimmen) hindert die Sozialdemokratie nicht, die höchste Stimmenzahl an erreichen, so sie nur einmal die Wette für sich hat und darüberhinaus viele ihrer Anhänger durch die Staffelung bis zur höchsten Stimmenzahl so lange können, zumal die Wetterstimme unter den weniger gebildeten und weniger bewußten Wählern ausgeht.“

Im „Tag“ feiert der Freiherr v. Witzbach den angeblich antiklerikalistischen Landarbeiterkrieg. Von der ländlichen Bevölkerung Ostpreußens erhofft er, wie eins der französischen Adel von den Bauern der Vendée, die Rettung des Junkerstaates vor der Revolution. Nachdem er die konservative Bekämpfung der ostpreußischen Landbevölkerung mit Begeisterung geprägt, fährt er fort:

„Solche Tatlagen sollten auch den Segen des Landes bestreben, als methodisch in einem Lande, wo der sozialdemokratische Ansturm sich gegen das Regime, ihm im preußischen Wahlkreis entgegenstellt und in gleicher Zeit die radikalen Revolutionären im überschütteten droht.“

Es ist nicht klug von den Junkern, daß sie durch ihren Kärm täglich von neuem die Ausmerksamkeit der Arbeiterschaft auf die Stelle lenken, an der sie sterblich sind. Jedes Wort zur Verfehlung des preußischen Dreiklassenrechts, das von jener Seite gesprochen oder geschrieben wird, muß die Angestellten der Massen nur noch stärker entfachen.

Alle Elegie der Sozialdemokratie sind uns nur wertholl als Vorbereitung des einen weit größeren Sieges, der noch erungen werden muß.

Nicht im Vertrauen auf Regierungsversprechungen oder Monarchenworte, sondern nur im Vertrauen auf seine eigene Kraft, geht das Proletariat daran, die "wichtigste Aufgabe der Gegenwart" zu erfüllen und die Fahne des Fortschritts vom letzten Volkswerk niederzuholen. Es wird diesmal ein heisser Winter werden im Dreiklassenstaat Preußen!

Ein freisinniges Votum. Im Wahlkampf in Landsberg-Soldin, wo am 12. November die Nachwahl zum Reichstag stattfindet, haben die Konservativen dem Freisinn, der hier und da in Wahlversammlungen aus Mitleid auf die Arbeiter eine Reform des preußischen Klassenwahlrechts fordert, vorbehalten, daß der Freisinn das Klassenwahlrecht ja erst geändert habe, solange er im Landtag eine Macht geweisen. Auf diesen Vorwurf findet sich nun in der liberalen "Neumärkischen Zeitung", Amtsblatt des Magistrats zu Landsberg a. W., die folgende Antwort:

Heute oft hört man in den Versammlungen die Konservativen den Liberalen vorhalten, sie hätten das preußische Wahlrecht, dessen Reform liberalerseits sehr verlangt wird, nicht geändert, als Liberal-Kampf war. In den freien Versammlungen hat hierzu noch kein Liberaler Redner geantwortet. Das könnte bestimmt sein, als sei der "liberalen" Vorwurf ein nicht vertretbarer Hieb. Das ist er nun aber nicht. Wie die Liberalen mehr oder weniger unter dem steilem Gewicht im preußischen Abgeordnetenhaus zurückgewichen sind, so ist es nicht die geringste Ursache, ein Wahlrecht zu ändern, unter dem sie diese günstige Stellung eingenommen hatten, sie warden sich selbst in das Gesicht geschlagen haben. Hauptdurch sind über die Zeiten nicht die gleichen geblieben, die landwirtschaftliche Bevölkerung ging der Wahl nach zurück, die gewerbliche und industrielle Bevölkerung nahm dagegen bedeutend zu und die wirtschaftliche Abhängigkeit des einen vom anderen wurde ganz bedeutend. Der Kampf ums Recht wurde immer mehr auf die Spitze getrieben und der politische Status quo ging infolgedessen recht sehr in die Brüche. Der Arbeiter und der Gewerbetreibende wogte nicht mehr, gegen die politische Ausbildung seines Arbeitsplatzes, teilweise seinem Offenheits seine Stimme abzugeben, und schließlich wählten für den preußischen Landtag nur noch die Konservativen nebst Anhang.

So resultiert die heutige liberale Förderung einer Wahlrechtsreform in Preußen aus der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Mit anderen Worten: Die Liberalen haben aus dem alten Grund, aus denen die Konservativen es jetzt nicht ändern wollen. Zugunsten der Liberalen aber kommt hinzu, daß die Abhängigkeit des einen vom anderen, nämlich vorhanden war, jetzt überaus groß ist und für sich genug alleine eine Wahlrechtsreform zur gebietserlöhen Notwendigkeit macht!

Dass der Liberalismus ein wirklich demokratisches Wahlrecht nicht um seiner Gerechtigkeit willen fordert, im Gegenteil selbst ein relativ gutes Wahlrecht noch befürwortet, wenn er so seine Macht erhält oder vergrößert, das war freilich schon immer bekannt; nur so unverblümmt, wie dieses liberale Blatt, hat es in letzter Zeit niemand ausgesprochen. Der längst verstorbene Führer der badischen Nationalliberalen, Staatsanwalt und Abgeordneter dieser, erklärte einmal in der Verfehlung des indirekten Wahlsystems: Wir werden doch nicht so dummi sein und den Rat ablegen, auf dem wir sitzen! Jetzt ist ihm in dem freisinnig-liberalen Landsberger Blatt ein Nachfolger von gleich dreifester Offenherzigkeit erschienen.

In Landsberg-Soldin wurden im Jahre 1907 abgegeben 18.828 konservative, 6176 freisinnige und 5477 sozialdemokratische Stimmen. Der konservative König wurde damals im ersten Wahlgange gewählt. So leicht dürfte diesmal die Sache seinem Nachfolger nicht werden.

Bittoria.

Roman von Minna Gausey.

Die umfassendsten Veränderungen wurden sofort vorgenommen.

Ein einziger Schlag wurde der Rest des vorhandenen Materials noch bearbeitet, alles übrige sei im Umbau begriffen. Herr Field sei wiederholt dagekommen, habe alles in Augenschein genommen und seine Anordnungen getroffen. Er hatte sich nach Lissabon erkundigt, er wollte ihm leben und sprechen oder niemand wünsche, von der Weise hingekommen war. Nach kurz wurde nachgeforscht, aber er fand nur diese alte Karte.

Hier wo herum müsse er stehen, aber wo, das wisse der Kasten.

Herr Field sah dies gewaltig zu degen, ja er zeigte sich ganz angebraten, und schließlich habe er ihm, wenn er ihn einbringe, ein gutes Erntegeld versprochen, damit sei er aber auf den Untergang gekommen.

"Hör mal, Gugen, was hast du mit dem Field?" fragte der Kasten, indem er seinen jungen Freund einen kräftigen Schlag auf die Schulter gab. "Was gibt ihm das Recht, daß er Dich wie einen Spieghel suchen läßt über einer entlaufenen Schatz? Dikt ihm dann verschrieben mit Hells und Teuf?"

Deutete sich fast auf die Lippen, ohne zu antworten.

Er trat ins Haus, einen Sprung kam ihnen entgegen und überquerte Oswald, zwei Schritte, die am Sonntag für ihn gekommen waren.

"Doch Field!" rief Oswald, als er auf den ersten einen.

"Sag schon etwas!" lachte der Kasten, jetzt hat Dich denn beritten?"

Oswald lachte es; er hielt einen Brief Hannas in der Hand, die hatte keinen Aufenthaltsort dem Pappe mitgeteilt.

"Schön mich!" rief er dem Kasten zu, ich will mir erjagen, was mir Herr Field zu sagen hat."

Er zog mit den Briefen die Treppe hinauf und verschwand in der Tür.

Als er oben allein war, wischte er Staub und Schäfte seines Stiefels und rieb das Fenster auf. Es war ihm so schnell zu warm.

Die ungebühriger Haft öffnete er Hannas Brief, es war es sehr, den er von der Galerie erhielt. Sein Herz begann

zu klopfen und Beaute. Die neue Beamtenorganisation ist durchaus nicht nach dem Geschmack der Konservativen, umsonst war der Vorzüglichkeit des Bundes der Februarbesoldeten erst dieser Tage erklärt, daß die Konservativen nicht auf die Hilfe der organisierten Beamten rechnen könnten. Die "Kreuzstellung" greift zu einem probaten Mittel; sie macht die Behörden scharf gegen die neue Beamtenorganisation. Das Junkerblatt führt in seiner Sonntagsnummer aus:

Der Aufrechterhaltung dieses Beamtenstandes wird die Bevölkerung auch darauf hoffen müssen, daß ihre Beamten mit ihrer ganzen Persönlichkeit sich dem öffentlichen Dienst widmen und ihre Kräfte nicht an eine Standesorganisation wenden, von der der Dienst zum mindesten keinen Vorteil haben kann. Niemand wird dem Beamten seine Erfassungsmöglichkeiten strecken wollen oder auch nur verklammern wollen. Treten die Beamten aber geschlossen als Interessenpartei auf, so untergraben sie damit die Autorität ihres Standes. Jeder Privatmann wird dann in jedem Beamten einen vollkommenen Geier sehen, der seine wirtschaftlichen Interessen zu schädigen entschlossen ist, um sich selber Vorteile zu verschaffen.

Und das, obwohl der Bund der Februarbesoldeten in schärfster Weise sich als Gegner der Sozialdemokratie bekannt hat. Auch die "Schles. Ztg." heuchelt nur so lange Beamtenfreundschaft, als diese Leute sich willig unter die Junkerherrschaft ducken. Wollen die Februarbesoldeten nicht "konservativ" sein, dann werden ihre bisherigen Förderer ungernig.

Wahlzug in der Pfalz. Die erste Gemeinderatswahl in der Pfalz unter dem Proporz-System brachte einen bedeutenden Sieg für die Sozialdemokratie. In Pirmasens, wo die Wahlen am 3. d. W. stattfanden, hat die sozialdemokratische Vorschlagsliste elf Sitze errungen, bis jetzt hatte unsere Partei nur 6 Sitze. Die Nationalliberalen haben 12 Sitze, bisher 20, somit 8 verloren. Das Zentrum hat 8 Sitze, vorher keinen. So ist die liberale Mehrheit, die seit Jahrzehnten die Minorität ihre Macht einschlüssig fühlten, gestürzt.

Das Resultat hat unsere Erwartungen weit übertrffen und war nur möglich, weil unsere Vorschlagsliste zum größten Tell umgebaut abgegeben wurde.

Agrarwünsche. Der schwäbische Landeskultus ist, eine rein agrarische Interessenvertretung, ist in Dieses zusammengetreten. In dem Bericht, den der Deputierter Dr. Höhne-Kupperz gab, ist das Bündnis interessant, daß die rein landwirtschaftliche Bevölkerung in Sachsen mehr und mehr zurückgegangen ist. In der ferneren Verbindung wurde eine weitere Erhebung der ausländischen Arbeiter verlangt, die in immer größerer Zahl nach Sachsen importiert werden. Der Repräsentationszettel, der bisher nur für zusätzliche und geringe Arbeiter bestand, soll auf alle ausländischen Arbeiter ausgedehnt werden, — um den Kontraktbruch, der auch durch neuerdings erfolgtes Ongegenkommen der südlichen Regierung noch nicht eingesäumt sei, zu verhindern. Man braucht zwar die ausländischen Arbeiter als billige Ausbeutungsobjekte, aber man will ihre Hände und Füße fesseln, damit sie sich nicht wehren können. Der jetzt bei der Landtagswahl durch die Sozialdemokratie abgeführte Überagrarier Deputierter Künzle wurde sich gegen das Bildungsamt der Stadt Dresden, das nur die Führung von Volksschulen gestatten wollte. Der ebenfalls bei der Landtagswahl durchgesetzte Deputierter Oeconomie- und Statistik-Daurowitz, nach dem die verbliebene "Steigerbahn" oder "Münenbahnen" ihren Namen erhalten, verlangte ein neues Einrichtungsversprechen; die Grüne Einheitlichkeit sollte in einem Verhältnis zu den ausgegebenen Löhnern und dem Einkommen. Er verlangte auch die sofortige Befreiung der Befreiungskräfte der Berufsgenossenschaften zur Verhütung von Unfällen.

Es wurde dann der Entwurf der Reichswirtschaftsordnung vorgelegt, der Besitzungen beschlossen. Der Referent, Deputierter Andrae, wandte sich besonders gegen die Versicherungsdämter. Sie wünschten zu weiterer Vereinfachung der Machtbefugnisse der Berufsgenossenschaften führen. Ferner wurde gewünscht, daß Kinder unter 7 Jahren überhaupt nicht als Arbeiter im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes angesehen werden sollen. Kinder über 7 Jahre, die einen Betriebsunfall erleiden, ist zwar eine Rente zu gewähren, aber nach einem besondern für Kinder im Alter von 7—14 Jahren festzulegenden Jahresarbeitsverdienste. — Diese Anträge waren ein großes Licht auf die Kinderausbildung in der Landwirtschaft. Ein Verbot der Kinderarbeit wäre das, was ein wirkliches Kulturrat erlangen müßte.

Der Landeskultus beschäftigte sich auch mit den Erhebungen, die gegenwärtig über eine Reichswirtschaftsordnung verhandelt werden. Es sollte die Frage erörtert werden, ob nicht die Sozialerbetriebe von dieser auszunehmen

seien. Das Versammlungsrecht unter einem neuen Gesetzgesetz. In Boek sollte im August eine Versammlung stattfinden, in der über die neuen Steuervorlagen abgestimmt werden sollte. Da ein Saal nicht zu erhalten, war eine Versammlung unter freiem Himmel geplant. Die Polizei verwaltung versuchte die Genehmigung, well es sich um eine Versammlung auf einem Sonntag Nachmittage stattfinden sollte, wo die Gemüter erhaben seien. Infolge des Abschaffens der Versammlungen und der vorbereitende Teil der in Frage kommenden Ortschaften an der Parteirichtungen als der sozialdemokratischen angehören. — Der Regierungspresident zu Ainsberg hat die Verlängerung der Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung unterschrieben. Der Schwedischer wandte sich nun an den preußischen Polizeiminister. Aber auch dieser erklärte, daß es nichts nützen würde, teils als direkt falsch nachgewiesenen "sozialistischen Erhebungen" für möglichen, "sobald er keinen Anlass habe, von Auflösung wegen einer Ungeheuer getreuen werden sollen".

Die "Kreuzstellung" in Tränen. Nachdem die "Kreuzstellung" noch am Sonntag recht lebhaft gegen alles getobt, was entgegen stand, übernahm sie am Montag in einer sehr weinlichen Stimmung. "Schön der Verbitterung", überreichte sie ihren Parteiführer, worin angeführt wird, daß sich Rechte und Linke wieder zu gemeinsamer positiver Arbeit zusammenfinden müssen, wenn nicht beide Kämpfen vom roten Ungeheuer getreten werden sollen.

Es wird ein schönes Bild sein, wenn Herr Hoffmann in die Arme der Kreuzritterin fällt, während sich der ehrliche Kopf im Hinterunde geschiebt die Augen wölbt.

Der Kohnkampf der Ehrenbeigeborneten. Die drei Ehrenbeigeborneten in Wohlhausen i. E., deren Antrag auf Bewilligung von 8000 M. Dienstaufwandsentschädigung vom Gemeinderat abgelehnt worden ist, greifen jetzt zu schärferem Mitteln. Der eine, der Beigeordnete der Renteninstanz, ist jetzt als Leiter des städtischen Bauamtes seit 14 Jahren; ein anderer, der Beigeordnete der liberalen Fraktion, steht beim Bürgermeister durch, daß ihm dieser aus dem Dispositionsfonds für 55 Tage & 10 M. gleich 660 M. bewilligt, weil er während der Sommerferien durch die Gemeinde geschäftig in Wohlhausen i. E. zurückgehalten war.

Anti-Duellliga. Unter diesem Namen macht von Zeit zu Zeit eine Gesellschaft von sich reden, die es sich angeblich zur Tätigkeit gesetzt hat, eine Befreiung des Kämpfes zu erreichen. Sind schon die Mittel, deren man sich bedient, unzweckmäßig, so besteht auch aller Anlaß, an dem ethischen Willen verschiedener Männer dieser Bewegung zu zweifeln. Dieser Tage heißt die Anti-Duellliga in Wetzburg wieder eine Generalversammlung ab, an der auch 20 Vertreter von schlagenden, städtischen Verbündeten teilnehmen. Eine Resolution wünscht die Gründung eines deutschen Hochschulverbands zwecks Besserung des Ehrenschuhes und zur Befreiung des Duells. Ein Vertreter aus Wien, Dr. Hoffmann in Wohlhausen, betont, daß das Duell nicht eher befeitigt werden könnte, als bis auch den akademischen Bürgern hinreichender Ehrenschuh gewährte ist. Was er unter hinreichendem Ehrenschuh versteht, hat dieser "unentwegte Geater" des Duells leider nicht gesagt. Ein Vertreter aus München hatte schon etwas mehr Witz. Er meinte:

"Die Anti-Duelliga wolle bei den ihr anhörenden Reichsabgeordneten und den nahestehenden Abgeordneten dahin wissen, daß diese unter erstickender Anwendung aller verfassungsmäßigen Mittel und mit Hilfe des Budgetrechts das Duell aus dem Offiziersstande befreien."

Gegen diesen Antrag wandte sich der Vorsitzende, Graf Erbach-Fürstenau, weil auf diese Weise — Politik in die Liga getragen würde. Daß es trotzdem dadurch ein breiter liberaler Politiker werden! Das Ende vom Ende war, daß nichts beschlossen wurde.

Wenn es den Leuten bitter ernst wäre mit der Befreiung des Duells, dann müssen sie den einzigen gangbaren Weg einführen: Befreiung des Duells — Paragrafen aus dem Strafgesetzbuch und Befreiung des Duells als Abverlehung. — Die "sozial autoritätsstrebigen" Stände müssen sich doch auffällig als Morde einschäumen, da sie ohne größten "Ehrenschuh" nicht auskommen können.

Der Hansabund hat nach Angabe seines Vorsitzenden in den vier Monaten, seitdem die ersten Aktuare hinausgingen, nicht weniger als rund 220.000 Mitglieder unter seiner Fahne vereinigt, wobei die Korporationen, Innungen und Vereine nur als je ein Mitglied gerechnet sind. Es sind 213 Zweigvereine (Landes-, Bezirks- und Kreisvereine) beigegeben und 174 in der Bildung bestanden, zusammen also 887 Zweigvereine.

Mahardt und die Konservativen. Von dem Landtagsabgeordneten Mahardt, dem der taubstille Herr Stroßer in Breslau den Vorsitz gemacht hatte, daß er sich von dem Hansabund habe trennen lassen, erklärte der "L.A." eine Kritik, worin es heißt:

"Dass ich mein Hospitantenverhältnis zu der Konservativen Partei gelöst habe, ist einmal im vollen Einverständnis mit der überwiegenden Mehrheit meiner Wähler geschehen; zum anderen Teil war es sachlich begründet und für jeden einschlägigen Menschen ersichtlich. Wie sich die Wut einzelner Konservativer Heißvorname bis zur persönlichen Verurteilung im Kampf versteigern kann, ist mir umso unverständlicher, als ich die Absicht habe, mich der freikonservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses anzuschließen. Was endlich mein Ver-

Mitgliedschaft, ohne Zustimmung? Sie konnte schreiben, sie hatte eine gewandte Feder, vermochte ihre Empfindungen in ihren feinsten Nuancen wiederzugeben, warum verbarg sie sie vor ihm? Er hielt am Schlüsse ihres Briefes, als ein jühes Rot seine Wangen überzog. Sie beendete denselben mit den gleichen Worten, die er anzuwenden pflegte.

Doch nun lese wohl, ich weiß nichts mehr, das Nebrige mißtand."

Zu ihrem eleganten, formgewandten Stil trat dieser in seiner Plumpheit in einen Kontrast, der von komischer Wirkung war. Er empfand dies sofort; sie paradierte ihn, sie machte sich über ihn lustig.

Und wenn er bei jedem anderen dies als eine harmlose Niederkunft aufgefaßt hätte, Hanna gegenüber zeigte er sich empfindlich.

Er kannte ihre Ansprüche und ihren kritischen Geist; ihre Bildung komplizierte ihn, und so fühlte er sich gedemütigt und beschämmt.

Er stand auf und ging in heftiger Gemütsbewegung im Zimmer auf und nieder.

Seit langem hatte er sich nicht so verstimmt und entzückt gefühlt. Endlich griff er nach Hells Brief und öffnete ihn. Er war in einem überaus gereizten Ton geschrieben und enthielt 11 Vorfälle und Ermahnungen. Sie lasen ihm wohl; hier war doch wirthliches Interesse, Vergnügen und aufrichtige Besorgnis.

Er hatte sich's mit einem einflußreichen Sönnert verlobt, teilte ihm Hell mit, der Hells Laß ihm durch ihn sagen, daß er auf seinen Besuch verzichte, da er selbst einer Einladung aufs Auge schaute und seinen Besuch absultrzen gezwungen. Hell verließ sich zu harten Worten. Er beschreite dieses Aufzuschämen seiner Interessen als unverantwortlichen Leichtsinn.

Smeidt hätte durch die Projektion des Hells eine Projektion erlangen können, sie war ihm so gut gewußt, nun gebe das Gericht, daß dieser Posten bereits besetzt sei.

Er forderde Ostwald auf, sofort nach Wien zu kommen; es sei jetzt wahrscheinlich nicht die Zeit der Flucht; er habe ihm eine Poststelle geschaffen, nun sei es an Ostwald, sie zu beanspruchen. Daß es aber arbeiten, etwas vor sich bringen und nicht die Zeit in unzähligen Spielereien vertrödeln. Das Diktatorische dieses Schusses aber ereigte ihm die Galle.

Er, der sich soeben noch unentschlossen und schwankend gezeigt, wußte nun, was er zu tun habe. Hell sollte auf diesen Brief sofort eine Antwort haben.

ist zum Handel aufgetreten, so ist es nicht nur durch die Schriftleitung bestimmt, daß Handel, Kauf und Handel mit einem guten Willen zusammenhängen können, sondern es wird ein Vertrag über ein Konsortium geschlossen, wenn sich der Mittelstand in einen künftigen Bereich auf den Bestrebungen des Handelsverbundes bringen will oder sich vorsehen kann." Andere Handelsvereinigungen sind nicht erst in der "Gastwirtschaft" im Liberalismus eingekreist, sondern haben gleich den March ins "rote Lager" unternommen.

Ausland

Ein Sieg der Reaktion im Pariser Gemeinderat. Man schreibt uns vom 4. November aus Paris: Mit 42 gegen 88 Stimmen ist in der gestrigen Sitzung des Pariser Gemeinderats an Stelle des bisherigen halb sozialistischen, halb radikalen Bureaus ein reaktionäres gewählt worden. Das bisherige Bureau hat befürchtet seine Demission abzugeben, als sein Antrag, eine Pariser Straße nach Geister zu benennen, von der Riedtke an einer Wählerversammlung bestimmt wurde und auf Grund einer Einschaltung des Seinevermögens nicht zur Annahme kam. In den letzten Tagen war die Riedtke davon, daß die gesuchte Liste das bestimmende Bureau wieder ausspielen wolle. Diese Absicht hätte aber nur dann mit Erfolg durchsetzt werden können, wenn im Pariser Gemeinderat wirklich jene reaktionäre Mehrheit vorhanden gewesen wäre, die man sich seit zwei Jahren vorstellt. Die abwehrende Haltung eines Teils der Radikalen machte diese Einschaltung möglich. Sie verhalf gleich nach den Einwohnerwahlen von 1908 einem halb radikalen, halb nationalistischen Bureau zu den Gesseln und später dem eben abgetretenen, an dessen Spitze der Genosse Chauvin stand. Diesmal haben nun einige radikale Gemeinderäte, die noch hohen Rang waren, offen Karriere bekannt und sind zur Riedtke übergegangen. Dieses Resultat ist im Interesse der Handlungsfreiheit der gesamten Linken, besonders der sozialistischen, direkt zu betrachten, denn was sie bisher leisten konnte, entsprach noch keiner Seite hin ihrer wirtschaftlichen Stärke. Vor allem weiß die Riedtke von Paris jetzt, daß im Rathaus eine reaktionäre Mehrheit sitzt und eine Bewegung, die sich die Abschaffung des Quartiersabstags zum Ziel setzt, wird vielleicht Erfolg haben. Nur die Einführung des Proportionalwahlrechtens kann die Riedtke bestimmen, die Vertretung vor Paris zu verteidigen — heißt es eine Versammlung zu tragen, die natürlich nur soviel wie "sich" ihr Quartier herauszuschlagen wollen.

Eine Massenschadenersatzklage gegen sämtliche französischen Erzbischöfe und Bischöfe haben, wie jetzt bestätigt wird, wegen deren ünschönen Hirtenbriefes, in welchem der "verdächtige Einfluss der weltlichen Volkschulen" geschildert wurde, die Vereinigungen der Volkschullehrer und Lehrerinnen Frankreichs, die über 100,000 Mitglieder zählen, vor dem Pariser Tribunal angestellt mit der Begründung, daß den Lehrern hierdurch ein unverhohler moralischer und materieller Nachteil aufgebot worden sei. Die Lehrervereinigungen verlangen von jedem Bischof einen Schadenerlass von 8000 Francs, welche Summe sie den Schulhäusern zuwenden wollen.

Nach einer weiteren Meldung bestätigt werden auch die Verabschiedungen, die in dem Hirtenbrief als verdächtig bezeichnet wurden, gegen sämtliche Erzbischöfe und Bischöfe Schadenersatzklage bei dem Tribunal angestrengt, da ihnen in der Tat beträchtlicher Schaden zugesetzt sei. Eine Anzahl Buchhändler hatte sich bereits in Folge des Hirtenbriefes gewehrt, den Betrag auf den vom Episcopat verbotenen Bücher zu übernehmen.

Die "Gazeta de Madrid" veröffentlichte am Montag ein Dekret, wonach die konstitutionellen Garantien in den Provinzen Barcelona und Gerona wiederhergestellt werden.

Die spanischen Radikalen hielten am Sonntag in Madrid eine Versammlung ab, um gegen die von Marca in einer Versammlung der Konferenzen gegen die Radikalen gerichteten Angriffe zu protestieren. Es wurde eine Tagessordnung angenommen, in der die Wiederherstellung der konstitutionellen Garantien in Katalonien, die Entlassung der infolge der Ereignisse in Barcelona verhafteten Personen aus der Justiz und eine demokratische, liberale Politik verlangt werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 9. November.

* **Es ist ein Trost für die Leidenden, Leidensgefährten zu haben.** Nicht nur wir haben, wie wiederholt an Bällspielen illustriert, unter der bekannten Kampfweise des Oehleblattes zu leiden. Fast alle anderen Breslauer Blätter ereilt von Zeit zu Zeit ebenfalls das Schicksal, von diesem Blatte angepöbelt zu werden. Heute können wir die Verdrehungskunst dieses Blattes auf neue an zwei Beispiele illustrieren: Als wir die "Bresl. Ztg." kürzlich wegen ihres komischen Entzückungsschreies über den Ausfall der Kirchenwahlen gebührend verspotteten, behauptete die "B. Z." am anderen Tage, weil sie, wie stets, auf die Vergleichlichkeit ihrer Leser spekulierte, die "Volkswacht" hätte den Oehle als Juden bezeichnet! Selbstverständlich war das blanker Fehlern; der Freisinnemann, der die Polemik gegen uns führte, hatte sich das, weil er sonst gegen uns nichts anzuführen wußte, mit nichts dir nichts erbaut. Es würde uns natürlich nie einfallen, Oehle zum Juden zu stempeln, weil wir doch den blondhaarigen Oehle kennen, und zum andern, weil wir vor den Juden viel zu viel Hochachtung haben, als daß wir ihnen einen Oehle an die Rockschöße zu hängen wagen würden.

Wehnlich dreist geht das Blatt mit ihrer katholischen Kollegin von der Hummel um. Diese hatte vor einigen Tagen geschrieben:

"Es gibt Feinde, vor denen man den Hut abnimmt, ehe man den Degen mit ihnen trent, — und es gibt Freunde", nach deren Handwerk man sich vornehmlich die Hände wäscht! Eine Verhöhnung, die wohl die baltischen Sozialdemokraten und sächsischen Konkurrenzparteien gründlich nach bestandenem Wahlkampf vornehmen werden, wenn sie sich der Feind-Gefäßbegegnungen ihrer liberalen Genossen mit Widerwillen erinnern."

Was aber macht Oehle daraus? Er schreibt, ganz als polemisierte er gegen die "Volkswacht":

Die "Schles. Volksztg." hatte gestern einen Schlußstrich voll der gemeinen Beleidigungen des Liberalismus verlesen, einen Artikel, in dem die Liberalen ganz allgemein als charakterlose Puben bezeichneten waren, und in der sich der Verfasser zu der Liebe hingestellt verließ; man müsse sich nach dem Händel und ehes Liberalen die Hand waschen, und was der Schwuleren mehr wären. Wir stellen hiermit fest, daß es sich hier nicht um eine bloße Entgleisung handelt, sondern daß die "Schles. Volksztg." die bildensten Gemeinhäute ausdrücklich aufreißt und als sachlich gerechtfertigt berechnet. Damit hat das "heit katholische" Blatt, dessen enge Beziehungen zum hiesigen Domkapitel bekannt sind, sich selbst besser herausgesetzt, als wir es irgende vermutet.

Man kann es deshalb dem Centrumblatt, dessen Freund zu sein man uns gewiß nicht nachsagen kann, nicht verdenken, wenn es daran erinnert, daß selbst im eigenen Lager der Ton des Oehleblattes als verwerflich erkannt

wird. Es ist noch gar nicht so lange her, da schrieb das "Berl. Tageblatt":

... Das einzige, was verloren gehen muß, ist, daß von beiden Seiten die Auseinandersetzung sachlich, ohne Verbödigung, ohne Verfeindschaft vorgelebt wird. Ein Ton, wie ihn der Chefredakteur der Volksparteizeitung "Breslauer Zeitung" ... anträgt, muß allerdings verworfen werden.

Selbst die "Kreis. Ztg.", so sagt zum Schlusse das Centrumblatt, schämte sich seinerseits, ein Zitat der "Bresl. Zeitung" weiterzugeben, was sicherlich viel besagen will. Nichtsdestoweniger glaubt das Blatt, andere wegen ihrer Tonart bestreiten zu sollen. — Wir freuen uns also mit vielen, wenn wir wieder mal diejenigen sind, die von den Kollegen in der Herrenstraße zwischen die Schere genommen werden.

* **Achtung, Distriktsführer des Sozialdemokratischen Vereins!** Der Kassierer bittet darum, mit den Schätzern zu einer bis spätestens Donnerstag Abend abzurechnen. Wenoch Karten übrig hat, möge dieselben morgen noch im Parteiretail abliefern. Die Karten nicht abgegebenen Karten gelten als verkauft.

* **Villige Villots zu guten Konzerten.** Das vierte vollkommene Freita-Symphonie-Konzert des Breslauer Orchestervereins findet am 12. November im "Konzerthause" statt und wird von dem auf 50 Künstler verstärkten Philharmonischen Orchester unter Leitung des Herrn Musikdirektors Werner ausgeschahlt. Anfang 8 Uhr. Villots zu 30 Pfennigen (an der Kasse 75 Pf.) sind nur in der Expedition der "Volkswacht" zu haben. Wir empfehlen allen musizierenden Leuten, von dieser günstigen Gelegenheit auszusehnen Gebrauch zu machen. Die Besucher der ersten Konzerte waren über die künstlerischen Darbietungen hochfreut.

* **Stadt-Theater.** Zur Feier des Wiederseins des 150. Geburtstages Friedrich Schillers gelangt an zwei Tagen die "Wallenstein-Tragödie" und zwar Dienstag "Wallenstein's Tod" und "Die Piccolomini", morgen Mittwoch "Wallenstein's Tod" zur Aufführung. Das Festspiel wird von den Herren Trostlos, Berg, Dörmel, Höpfl und Wallauer gesungen werden. Den einleitenden Prolog spricht Herr Müller. Donnerstag "Tiefland". Freitag "Der Freischütz". Sonnabend "Die Altdorf". — Am Vorbericht befindet sich Offenbachs Operette "Daphne" in der Unterwelt".

Mittwoch, den 17. November, am Vormittag wird außer Aufführung Richard Wagner's "Pariser" in Konzertform zur Aufführung gebracht.

Philhar. Dr. Poewe hat Frau Paula von Florentin Weber am Gründ ihrer Gastspiele als Brunhilde und Fidelio für die vierige Oper angesetzt.

* **Schiller-Fest im Stadt-Theater.** Für die am Sonntag, den 14. d. M., Vormittags 11½ Uhr, im Stadt-Theater anlässlich der Wiederkehr des 150. Geburtstages Friedrich Schillers stattfindende Feierstelling gelten die üblichen Nachmittagspreise. Der Vorbericht beginnt Freitag an der Kasse des Stadt-Theaters.

* **Völk.-Theater.** Dienstag: "Die geschiedene Frau". Mittwoch findet die erste Aufführung von Felix Albinis Operette "Baron Trenck" statt. Donnerstag: "Die geschiedene Frau". Sonnabend: "Baron Trenck".

* **Volksspielungen im Thalia-Theater.** Als 3. Vorstellung der laufenden Reihe wird das Lustspiel "Tilli" Mittwoch für Gruppe C, Freitag für Gruppe D gegeben.

* **Breslauer Schauspielhaus.** Die großartige Operette

"Nonon", des Altmüters Richard Henze, wird heute Dienstag gegeben. Am 11. d. M., Geburtstag wird morgen Mittwoch zum ersten Mal „La Calabre und Liebe“ aufgeführt. Die Auführung wird durch einen von Karl Meissner verfassten und Margarete Hall geprägten Prolog eingeleitet. Für die Vorstellung, die anfangsminuten bereits um 7½ Uhr beginnt, gelten ermäßigte Preise (ohne Vorberichtshörer). Donnerstag und Sonnabend wird "Nonon" am Freitag die erfolgreiche Posse "Roberti" und "Zerram" wiederholt.

* **Der beteiligterische Gentleman.** Den in der Gabler Vorstadt allgemein als Lumpenreine bekannten und bei Kaufleuten und Handelsfirmen größtenteils Leutnant a. D. Maximilian Baude hat ein tragisches Schicksal ereilt: Er ist, wie ein heiliges Blatt meldet, in Wittenberg wegen wiederholter Betriebe erneut verhaftet worden. Mittwoch mit seinen Opfern aber kann man kaum aufzutragen, denn die von ihm gepeilt wurden, sind durchweg auf keinen Titel hineingefallen. Denn in Deutschland knickt ein Durchschnittsbürger trotz der Lehren, die ihnen Wilhelm Voigt in Schönenfeld erzielte, vor einem hochlingenden Titel nach wie vor demütig zusammen.

* **Warnung an hiesige Geschäftslente.** In diesen Tagen wiederum ist ein vielseitiger Fabrikant von einem auswärtigen wohmöglichen "hochangesehenen Landwirt" empfindlich geplagt worden. Dieser Mann ist als gelehrte, daher unzurechnungsfähig, vom Berichte erfüllt worden, er benutzt aber seine wirtschaftliche Unverantwortlichkeit auch dazu, um besonders bei Juweliere, Uhrenbändlern und ähnlichen Geschäften Bestellungen zu machen, die in gutes Glauben gelandeten Waren sich annehmen, aber niemals dafür Bezahlung zu leisten. Klagen haben selbstverständlich keinen Erfolg, und ebensoviel Strafmaßen, da der Mann eben ununterwölklich ist. Es kann sich daher jeder Geschäftsmann vor solcher Sabotage nur selbst schützen, indem er jede Bestellung auss genaueste prüft. — Weshalb nennt der Polizeibeamt den Namen des Geistesstrafen nicht? So hat ja die Wornung nur einen Zweck.

* **Zu der Biegener Schlacht in der "Glocke"** steht uns Herr Krause, der Wirt des Restaurants mit, daß nicht die Biegener am den Gästen, sondern mit anderen in Streit geraten seien. Erst als sie sich regelrecht bereits mit Westen repaletten hätten, seien ihm einige Gäste zu Hilfe geskommen, um die Streitenden aus dem Lokale zu drängen. Nähtere Erklärung wird ja erfolgen, wenn sich die verhafteten Biegener vor Gericht zu verantworten haben werden.

Neueste Nachrichten.

Ein Misserfolg.

Berlin, 9. November. In Charlottenburg haben bei den Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung die Liberale der Sozialdemokraten zweit Sitz erlangt, so daß die Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung von dreizehn auf elf Sitze zurückgegangen.

Der Rückgang hängt natürlich damit zusammen, daß Charlottenburg mit jedem Jahre mehr eine reine Bourgeoisstadt wird, in die sich das wohlhabende Bürgertum zurückzieht. Die Sieger sind übrigens nicht die Kommunalrechtsmänner gewöhnlichen Schlages, sondern eine sozialforschende Gruppe unter der Führung des wirtschaftlichen Professor Dr. Bötz.

Zu spät.

Berlin, 9. November. (S. T.-B.) Amlich wird ein ausführlicher Reformplan für die Werkverwaltungen der kaiserlichen Maria's veröffentlich, der bereits die Genehmigung des Reichsministers gefunden hat.

Schweres Danzinger Glück.

Bremen, 9. November. (S. T.-B.) In der Bahnhofshalle brach gestern Mittag ein 20 Meter hoher Feuer zusammen. Fünf Arbeiter starben in die Flammen, vier waren sofort tot, einer wurde schwer verwundet.

Die Verfassung des Ochsenkopfes.

Wolfsburg, 9. November. (S. T.-B.) Term zum 19. November nach Sternberg überreichten niedersächsischen Landtagen wird ein Verfassungsentwurf vorgelegt werden, wonach sich künftig der Landtag aus 100 gewählten und 6 vom Großherzog ernannten Abgeordneten zusammenfassen soll.

Bauernnachrichten.

Wien, 9. November. (S. T.-B.) Wie aus Krakau gemeldet, sind auf den Gütern des Grafen Ledeborskis Agrararbeiten ausgebrochen. Die Bauern drangen in das Gebäude des Gutsverwalters und stießen ihn. Zwischen den Gardainen und Bauern kam es zu einem Kampf. Neun Bauern wurden getötet.

Wie es französischen Soldaten schlägt.

Paris, 9. November. (S. T.-B.) "Petit Parisien" meldet aus Le Mans: Der Hauptmann Herzog von Broglie vom 5. Husarenregiment, der sich tödlich gegen einen Landwirten verteidigen sollte, wurde auf Befehl des Kriegsgerichts des ersten Armeekorps ins Militärgefängnis eingeliefert.

Prozeß Steinheil.

Paris, 9. November. (S. T.-B.) Wie aus Krakau gemeldet, sind auf den Gütern des Grafen Ledeborskis Agrararbeiten ausgebrochen. Die Bauern drangen in das Gebäude des Gutsverwalters und stießen ihn. Zwischen den Gardainen und Bauern kam es zu einem Kampf. Neun Bauern wurden getötet.

Ein Eisenbahnnzug abgestürzt.

Rom, 9. November. (S. T.-B.) Ein von Mortea nach Vicenza fahrender Güterzug entgleiste. Er stürzte in ein Gräbchen. Vier Personen wurden verletzt, drei verwundet.

München, 9. November. Eine vom Landesvorstand der bayerischen Sozialdemokratie einberufene Konferenz von Vertretern der Landtagsfraktion, der Abgeordneten, der Generalschultheißen usw. hat die Organisation einer Abteilung großen Stils gegen die Bierpreiserhöhung in Bayern beschlossen.

Hannover, 9. November. (S. T.-B.) Bei der Ausfahrt ans einem Torweg der Gedanstraße fuhr gestern Abend ein schwer beladenes Fahrzeug gegen das Tor und brachte dadurch die Umfassungsmauer zum Einsturz. Drei schwere Kinder wurden unter den Trümmern begraben. Eins ist tot, an dem Auskommen der beiden anderen wird gearbeitet.

Warte, 9. November. (S. T.-B.) Malin meldet aus Tanger. Man verläßt, daß 10 altfrisch: Offiziere in Tanger eingetroffen sind, um nach Yes weiter zufahren. Wie es heißt, sollen sie von Mauley-Haßfeld berufen sein, als Instrumente für die marodenischen Truppen zu dienen.

Konstantinopel, 9. November. (S. T.-B.) Die Porte hat gestern die Kreissteuerei aufgerollt. Der Minister des Außenwesens überreichte den Botschaftern der Großmächte eine Note, in der verordnet wurde, daß die Türkei den Monaten ihr gesammten erachtet, um die Kreissteuer abzulegen.

New York, 9. November. (S. T.-B.) In der Hell's Kitchen von Brooklyn brach infolge einer Explosion Feuer aus, dem Chef der Feuerwehr und neun Arbeitern wurde der Abgang versetzt. Bei der Flucht erlitten 5 Arbeitern schwere, 14 leichte Verwundungen. Über das Schicksal der eingehlossenen ist nichts bekannt.

Wasserstandsnachrichten der Ober.

Stadt	Zeit	Regen	Raum	Flut	Wab.	Stieg	Gew.	Breslau	Gew.
B. 11.	11.11.	11.14	2.351	—	13.84	1.90	4.76	2.53	1.74
8. 11.	12.	01.35	2.67	0.55	3.86	2.22	—	1.62	1.47

*) Auswertungsbüro & Rettung 3.50; 1. Streichen (Ober) Obdachübertragung 8.25.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 9. November:
Buchbinder. Versammlung im großen Saale.
Gesangverein "Großfürst". Übungskabinett. Zimmer 2.
Gesangsakademie. Übungskabinett. Zimmer 3.

Mittwoch, den 10. November:
I. Gastspiel der Münchener Scharfrichter. Karten zu 80 Pf. sind im Vorortamt im Pariser arbeit und in der Volkswacht zu haben. Jolte im Biergarten 77.

II. Gastspiel der Münchener Scharfrichter für die, die für das I. Gastspiel kein Billett mehr erhalten konnten.

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 7—9 Uhr im Zimmer 7.

Freitag, den 12. November:
Französischer Unterricht. Abends 8 Uhr im Zimmer 1.

Sonnabend, den 13. November:
Lehrarbeiter-Verein.

Am Sonntag, den 7. d. Mts., verschied nach langerem Leiden unser Mitglied

Martha Bruschke

im 22. Lebensjahr. Eltern und Freunde werden ihr bewahren

Die Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbandes Zahlstelle Breslau.

Beerdigung: Mittwoch nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhaus Lenthenstrasse 67 nach dem Friedhofe in Cosel.

Am 7. d. Mts., verschied nach langem, schwerem Leiden unsere Kollegin und Mitarbeiterin

Fräulein Martha Bruschke

im blühenden Alter von 21^½ Jahren. Ihr Andenken werden stets in Ehren halten

Die Kollegen und Kolleginnen der Firma "Archimedes", Abt. Blankh. Schneidewerk und Lager.

Beerdigung: Mittwoch, den 10. d. Mts., nachm. 2 Uhr, vom Trauerhaus, Lenthenstr. 67 IV, nach Cosel, St. Barbara.

Stadt-Theater.

Am Dienstag Geburtstag: "Wall-niem's Lage", "Die Piccolomini", "Wallenstein Tod". Dienstag 7. Nov. "Tiefland". Dienstag 7. Nov. "Der Kreischug". Dienstag 7. Nov. "Die Jüdin".

Löbe-Theater.

Dienstag 7. Nov. "Die geschiedene Frau". Dienstag 7. Nov. "Baron Trenz". Dienstag 7. Nov. "Die freundliche Frau". Dienstag 7. Nov. "Die geschiedene Frau". Dienstag 7. Nov. "Baron Trenz".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Freitag, 10. Nov. "Lotte", "Till". Samstag, 11. Nov. "Lotte", "Till". Billetterverkauf am Tage der Vorstellung von 10—12 Uhr im Theater und an der Abendkasse. 20 Pfennig. Eisenbahn-Verein. "Savoyenstreit".

Schauspielhaus

Dienstag, 8. Nov. "Marie, die Virgin zum neuen Lamm". Dienstag, 8. Nov. Vollständige Vorstellung. Einakter Preise. Stücke 150. Geburtstag. "Nabale und Siebe". Lorbeer 10. Nov. "Manon". "Robert und Bertram". Venerdì 11. Nov. "Manon".

Liebich's Etablissement.

Neues Programm!

Otto Reutter.

10 Attraktionen 10

am Tage 7. Nov.

Viktoria-Theater

Vollständig neues Programm!

11 Attraktionen 11

Am 7. Nov.

Eine Wiederholung gilt.

Zeltgarten

Dir. H. Kretsch.

2. Kl.

Künstler-Aufführung

Eintritt 30 Pf.

Palmengarten

Dir. H. Kretsch.

2 neue Kapellen.

Eintritt frei

Rechte u. Pflichten

nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch

Kommentar gegen Bierth-Gesetz

von Rieck, Lipinski.

Preis pro Exemplar 20 Pfennige.

Die Broschüre ist sachfundig

zu Grund der Motive und der

Denklichkeit zum Bürgerlichen

Gesetzbuch bearbeitet und ist ein

sicherer Führer durch das Recht.

Buchhandlung Volkswacht.

Arbeiterbildungsausschuss Breslau.

Schiller-Feier

der

Breslauer Arbeiterschaft

am Sonntag, den 14. November nachmittags 4½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Margaretenstrasse 17.

Gedächtnisrede, Rezitation, Sologesang.
Frauen- u. Männerchor, Klaviervorläufe.

Programm zu 20 Pf.

bei den Vereinsfunktionären u. an der Kasse.

Liegnitz.

Mittwoch, den 10. November er-abends 8 Uhr im kleinen Bademodestheater

Vortrag

die Herrn Tschirn:
Schiller als Wegweiser
zum freiheitlichen Ideal
zu seinem 150. Geburtstag.
Eintritt frei!

Auflösung! Pländer-Auktion.
Pländerei-Institut,
Marktstraße 113, 1. Gsg.
Berlin, nur bis 17. Novbr. 1909.

Pländer-Auktion

Altenstraße 48.
Dienstag, den 12. November er-
ledigt wird nur bis 8. November.
Donnerstag, den 14. November
bleibt das Geschäft geschlossen.

Volksbräu 9 Pf.

verschieden, alkoholarm

Settfedern und fertige Setten.

 Spec. Brautausstattung.
Preise gratis und franco.
Julius Immerz & Co.
Brest., Neubr. 32 33

Einger-Nähmaschine

für nähere

21 Mart

bei Rosenthal, d. Neumarkt Nr. 1. [543]

Brautpaare

tauschen Model jetzt u. billig in der

Tischlerei von Alfred Scholz,

Altenstraße 62, 1 und 63 (Ecken).

Rohtabake

im großen Auszat erreichten billigh-

Carl Röther & Rode

Bremen L. Nummer 26.

Knöpfe, Besätze, Spitzen, Schweifblätter, Futterstoffe, Gürtel, kostengünstig.

Albert Fuchs,

Schweidauerstraße 49.

Arbeiterbildungsausschuss Breslau.

Schiller-Feier

der

Breslauer Arbeiterschaft

am Sonntag, den 14. November nachmittags 4½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Margaretenstrasse 17.

Gedächtnisrede, Rezitation, Sologesang.
Frauen- u. Männerchor, Klaviervorläufe.

Programm zu 20 Pf.

bei den Vereinsfunktionären u. an der Kasse.

Soeben monatl. Teilzahlungen von nur 2 Mark an!
Verlangen Sie gratis

hauptkatalog
Nr. 204.

Inhalt: Gramophone
Musik und Sprech-Apparate, Bücher, Lexikons, Ferngläser, Violinen, Mandolinen, Zither-Harmonikas, Bandions, Zithern etc. etc.

Georg Bernhardt.
Leipzig III.

Martini-Hörnchen

und alle anderen Backwaren
empfohlen in bester Qualität

Ziegler & Schäfer, Bäckerei,

Tschepernstraße Nr. 8.

Soeben erschienen:

„Die Waffen nieder.“

Eine Abrechnung mit dem Militarismus.

Von Z. Höglund.

Aus dem Schwedischen ins Deutsche übersetzt von einem deutschen jugendlichen Arbeiter.

Preis 15 Pf.

Buchhandlung „Volkswacht“.

Proletarierfrankheit und frische Proletarier.

Ein Beitrag zur Erhebung der Volksfrankheit von D. Thomas

Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

persil

Das idealste und vollkommenste selbsttätige

Waschmittel

von bisher unerreichter, geradezu wunderbarer Wasch- und Bleichkraft. **Wäscht die Wäsche von selbst** in einviertel bis einhalbstündig Kochen, macht sie rein und blendend weiß, frisch und duftig wie von der Sonne gebleicht! Reiben, Bürsten, Waschbrett, selbst Seife und Soda sind entbehrlich, daher ganz enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld. Garantiert unschädlich bei jeglicher Anwendung. Pakete à 35 und 65 Pf.

dixin

Verbessertes, im Gebrauch billigstes, unerreichtes Seifenpulver. Garantiert unschädlich. Kein Zusatz von Seife und Soda erforderlich! Erleichtert bedeutend das Waschen, da nur leichtes Nachreiben mit Hand oder Maschine nötig. Die Wäsche wird schneeweiss und erhält den frischen Geruch der Rasenbleiche. Paket 25 Pf.

Henkels Bleich-Soda

in Verbindung mit Seife, ganz hervorragendes Waschmittel, bester Ersatz für Soda, vorzüglich zum Einsetzen oder Einweichen der Wäsche, zum Reinigen von schmutzigem Küchengerät und Holzgerüten etc.

Oben genannte 3 Artikel in allen einschlägigen Geschäften zu erhalten.

Allerhöchste Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf.

1. Beilage zu Nr. 263 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 10. November 1909.

Arbeiterkinder-Glend.

Seit dem 1. Oktober 1904 hat die Stadtverwaltung Mannheim einen Schularzt im Hauptamt angestellt und ist damit in die Reihe derjenigen wenigen Städte getreten, die der wichtigen schulärztlichen Frage eine besondere Beachtung schenken. Die Anstellung eines ständigen Schulärztes wurde damals damit begründet, daß zur Vertiefung in die Schulhygiene die betreffende Persönlichkeit sich ganz dieser Aufgabe widmen müsse, was im Nebenamt nicht gut möglich sei, und auch ein regelmäßiger schulärztlicher Dienst sich nebenamtlich schwer durchführen lasse.

Nach den vorliegenden Berichten, von denen der letzte erst kürzlich erschienen ist, erfreut sich die Tätigkeit des Schularztes auf alle das körperliche Wohl berührenden Dingen, so auf die Unterbringung der Schüler in den Schulräumen, ob die Schulbänke für die Größe des sie benutzenden Kindes passend sind, auf die Beleuchtung, Lüftung und Reinigung der Vorläutäten, auf die Lehrereinrichtungen und deren vorteilhafte Benutzung, auf den Erinnerericht, die Staatsentwicklung, Feuchtigkeitsverhältnisse usw. Ferner hat der Schularzt diejenigen Schüler zu bezeichnen, die in ihrer Ernährung auffälligkeiten haben und daher an dem von der Stadtverwaltung unentgeltlich gespendeten, $\frac{1}{2}$ Liter Milch und einem Brötchen bestehenden Frühstück teilnehmen dürfen. Der hierfür im vergangenen Winter gemachte Auskunftsbericht rückt rund 25.000 M. auf. Auch die eines Ferienaufenthaltes bedürftigen Schüler müssen vom Schularzt bezeichnet werden. Als gesundheitlich eines solchen Ferienaufenthaltes bedürftig wurden in diesem Jahre im ganzen 920 Knaben und 1018 Mädchen bezeichnet, das sind, so heißt es im Bericht des Schularztes, 25 Prozent der gesamten, über 10 Jahre alten, Bürgervölkerung. Da es aber dem Verein für Ferienkolonie an den erforderlichen Mitteln zur Unterbringung so zahlreicher Schüler fehlt, so konnten nur 372 Knaben und 199 Mädchen untergebracht werden. Der Bericht kommt dann, daß das in die Ferienkolonien geschickte Material schlechter und daher die Erfolge geringer seien. Von den Kolonieführern wurde allgemein erwartet, daß viele Kinder im Anfang gar kein Appetit haben, weil ihr Magen keine regelmäßige Tätigkeit gewöhnt ist. . . . Je schwächer die Kinder sind, desto schwächer stellt sich eine Besserung der Ernährungsverhältnisse ein.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist, was der Schularzt über die gesundheitlichen und körperlichen Verhältnisse der ihm auch unterstellten Schüler der Bürgerschule (erweiterte Volksschule, Schulgeld jährlich 28 Mark) zu berichten hat. Es heißt da: „In früheren Berichten wurde tatsächlich der Erörterung der Schulbankfrage schon öfter hingewiesen, daß das Schülermaterial der Bürgerschule in Körpergröße und Körpergewicht um mindestens ein Jahreswachstum vorans ist. Das gleiche läßt sich aus jährigen Erhebungen über Körpergröße und Gewicht der Kinder erschließen. Bei den Reihenuntersuchungen und schulärztlichen Sprechstunden in der Bürgerschule sind Kinder mit so schlechten Ernährungs- und Gesundheitsverhältnissen, wie der Gruppen der eines Kolonieaufenthaltes als dringend bedürftig bezeichneten und wirklich berücksichtigten Kinder in der Tat überhaupt garnicht anzutreffen.“ Nach einer dem Bericht beigegebenen Tabelle bestieg in der ersten Normalklasse das Durchschnittsgewicht bei den Knaben der Bürgerschule 21,19 und bei den Knaben der Volksschule nur 19,83 Kilogramm. Das gleiche Verhältnis besteht auch in den höheren Klassen, sowohl bei Knaben wie bei Mädchen. Auch waren die Kinder der Bürgerschule im Durchschnitt größer gewachsen als die Volksschüler.

Aus aller Welt.

Bu dem Schmugglerdrama auf See. Ein wilder Kampf zwischen Schmugglern und der Besatzung eines hondurischen Kanonenbootes spielte sich kürzlich auf hoher See ab. Ein Telegramm aus London meldet uns: Nach einem Gerücht aus New York ist von dem aus Britisch-Honduras kommenden Dampfer „Parísima“ die Ermordung der Besatzung des hondurischen Kanonenboots „Catumbla“ gemeldet worden. Die „Catumbla“ hatte ein Schmugglerfahrzeug mit einer Ladung Rum beschlagnahmt, von dem nach der Wegnahme ein Teil zur Belohnung an die Mannschaft verteilt worden war. Als die Mannschaft durch den Genuss des Rums sich in herausgetretenem Zustand befand, wurde sie von den Schmugglern überfallen, getötet und über Bord geworfen. Das Kanonenboot selbst wurde von den Schmugglern versenkt. Die Besatzung bestand aus achtzehn Mann. Die Täter sind entkommen.

Verhaftung der Räuber von Gienstockau. Der Polizei ist es gelungen, drei der Teilnehmer an dem Einbruch im Kloster am weissen Berg zu verhaften. Die Kerle wurden in der vergangenen Nacht in Wartha bei Wachau festgenommen. Das Haupt der Gesellschaft ist ein gewisser Vincent Bodzki, der im Auslande zahlreiche Einbrüche verübt haben soll und mit Frau Ostrowicz in Gienstockau, einer Witwe, in Beziehungen stand. Bei seinen Besuchen in Gienstockau ist der Plan zu dem Einbruch im Kloster entworfen worden. Man nimmt an, daß Frau Ostrowicz mit Hilfe des in Hof befindlichen Klosterküchters in das Kloster eindrang und die geaubten Wertachen ihrer Komplizen durch das Fenster zugebracht hat. Die beiden anderen Teilnehmer an dem Einbruch sind der frühere Inhaber eines Auswandererbüros in Wartha, Abraham Schwier, und der Einbrecher Johann Padynski. Schwier hatte vor etwa anderthalb Jahren einen hundert Auswanderungsbürgern so schärfste die Überfahrt nach Amerika abrennen lassen und war mit dem Geld verschwunden. Bodzki hat schon zahlreiche Geldstrafen aufgezeigt und verurteilt. Nach einem bewegten Prozeß in der Warthauer Stadtkasse, bei der ihm und seinem Bruder etwa 40.000 Mark in die Hände fielen, hat sich Padynski seit zwei Jahren verborgen gehalten. Frau Ostrowicz hat dem Gerichtsgericht er angegeben, daß die Verhafteten an dem Einbruch in das Kloster beteiligt gewesen seien, sie will aber nicht wissen, werhin sie die erbeuteten Schätze gebracht haben.

Diese schulärztlichen Feststellungen sprechen Bände! Sie zeigen, wie die unteren Klassen an Unterernährung leiden, denn das, was hier bei den Kindern festgestellt wurde, trifft sicherlich erst recht bei deren Eltern zu. Schlechte Wohnungen und mangelhafte Ernährung, wozu dann auch noch ungenügende Bekleidung kommt, sind die Ursachen der schlechten körperlichen Entwicklung der Arbeiterkinder. Der hier mit den Kindern des Mittelstandes gemachte Vergleich zeigt das zur Ebene, was unsere Gegner aber nicht abhalten wird, von dem hohen wirtschaftlichen Aufschwung, den die Arbeiterklasse genommen haben soll, zu fabulieren und zu verlangen, daß sie sich endlich mit ihrem „durchaus angemessenen“ Lohn zufrieden geben soll.

Partei-Angelegenheiten.

Württembergischer Landesparteitag.

Die diesjährige württembergische Landesversammlung trat unter zahlreicher Beteiligung in Stuttgart am Sonnabend zusammen. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstandes und der württembergischen Landesfraktion lagen gedruckt vor. Dem Vorstandsbereich ist zu entnehmen, daß in Württemberg gegenwärtig 213 Ortsvereine mit 19.007 männlichen und 337 weiblichen Mitgliedern vorhanden sind. Im Berichtsjahr wurde eine umfangreiche Tätigkeit durch Verbreitung von Flugblättern und sonstigen Agitationsschriften entfaltet.

Bei der Landtagssitzung in Ulm hatte die Partei einen Zusammenschluß von 443 zu verzeichnen; auch bei den in dem Berichtsjahr vorgenommenen Bürgerausschüssen vermehrten sich die sozialdemokratischen Stimmen und die Zahl der Mandate stieg von 215 auf 379. In den Gemeinderäten siedelte zur Zeit in Württemberg 172 Parteigenossen.

Im vergangenen Geschäftsjahr erfolgte die Übersiedlung der „Schwäbischen Tagwacht“ in eine eigene Trägerel. Der Abonnentenstand des Blattes ist ziemlich auf der gleichen Höhe erhalten worden. Einnahmen und Ausgaben des Unternehmens alten sich ungefähr aus. Die Einnahmen aus Anseraten waren trotz vermehrter Konkurrenz in ständiger Aufwärtstbewegung.

Der Kassenbericht weist an Einnahme aus Mitgliederbeiträgen in der Berichtsperiode, die diesmal nur neun Monate umfaßt, 10.276,17 Mark auf und schließt mit einem Bestand von 10.699,92 Mark.

Genosse Heineckstein machte Mitteilungen über den Stand des Heilbronner Parteidrucks „Neckar-Echo“. Seine Abonnentenzahl entspricht 60 Prozent der sozialdemokratischen Reichslagswahl in Heilbronner Wahlkreis. — Zur Annahme gelangte ein Antrag des Landesvorstandes, daß der monatliche Beitrag mindestens 20 Pfennig für männliche und 15 Pfennig für weibliche Mitglieder betrage. Von dem am Ort erhobenen Beitrag sind 20 Prozent an den Parteivorstand abzuziehen. Abgelehnt wurde der Antrag, neben den für die Zeitungen bereit stehenden Institutionen noch eine Preskommission einzusehen. Angenommen wurde weiterhin ein Antrag, der sich gegen Doppelmandate zum Reichs- und Landtag ausspricht. Bei der Fortsetzung der Verhandlungen am Sonntag referierte Reichstagabgeordneter Hirschbrand über die politische Lage im Reich.

Eine Diskussion fand nicht statt. Allerdings referierte Landtagsabgeordneter Hermann über die zum Abschluß gelangte Volksbildung reform im württembergischen Landtag und setzte die Aufgabe der sozialdemokratischen Gemeindevertreter bei der Durchführung des Volksbildungsgesetzes auseinander. Anschließend berichtete Landtagsabgeordneter Dr. Lindemann über die Staatsberatung im Landtag. Nach Bearbeitung der ablehnenden Sitzung, die die Fraktion diesmal bei der Staatsabstimmung angenommen habe, kam er auf die sogenannte Hochgerichtsfrage zu sprechen, die sehr aufgebracht worden wäre. Es habe sich um den üblichen Auszug der Ständedversammlung gehandelt. Es wurde diesmal eine Belehrung der Zappelkunst und des Luftschiffs in der Reichsbahnhalle damit verbunden, was für die Fraktion von Interesse war, da eine Vorlage über die Errichtung eines Lehrstuhls für Motorenbau an der Technischen Hochschule und das Projekt der Luftschiffsschule in Friedrichshafen den Landtag beschäftigte. Da der König zu dieser Zeit in Friedrichshafen war, war ein Zusammentreffen unvermeidlich. Von einer an den Landtag gerichteten direkten Einladung des Königs wurde abgesehen, um den einzelnen Abgeordneten die freie Entscheidung zu erleichtern, und dafür nur die Belehrung des Schloßgartens ins Programm aufgenommen. Es war bekannt, daß dabei Mitglieder der einzelnen Fraktionen angestellt werden würden. Die Fraktion hat auf eine formelle Beschluß-

fassung in dieser Sache verzichtet, weshalb es nicht nötig sei, sie und wider in der Fraktion geltend gemacht zu glauben. Persönlich möchte er sagen, daß ein Fernbleiben als eine Demonstration gegen den König hätte gelten müssen. Eine solche Demonstration wäre aber nicht angebracht, da der König streng konstitutionell sei, in parteipolitischer Verhältnis nicht eingreife und auch noch keine gegen unsere Partei gerichtete Neuerung von ihm bekannt geworden sei. Auch habe er sich gegen den politischen Forschung in Württemberg noch nie in den Weg gesetzt. Der Empfang durch den König bedeutete die Anerkennung der Gleichberechtigung unserer Fraktion durch ihn, was in unserem Kampf um die volle politische Gleichberechtigung gegen die anderen Parteien nur nützen könnte. Das sei an den sehr schärfen Auffassungen des Vorsitzes zu erkennen, die konserватiv Blätter wegen des Vorsitzes an den König prahlten hätten. Er meine daher, daß die Belehrung an dem Auszug wieder ein taktischer Fehler, noch ein präziser Versuch gewesen sei, uns nicht geschadet, sondern eher genutzt hätte, und noch mehr genutzt hätte, wenn nicht noch die Angriffe auf die Fraktion - Mitglieder erfolgt wären, sondern die Angelegenheit mit mehr parteipolitischem Geist erlebt worden wäre. Namens der Fraktion habe er es als ihre einmütige Meinung zu erklären, daß sie bisher gleichwie habe, weil sie zunächst und in erster Linie für alles, was mit ihrer parlamentarischen Tätigkeit zusammenhänge, der württembergischen Landesversammlung schuldig sei. Sie bedauert es daher, daß württembergische Genossen die Frage zuvor ins Reich gebracht und der Landesversammlung vorgezogen hätten. Dadurch werde die Stellung der Fraktion im Lande nur verschwert. Die Sache sei dabei ungeheuer übertrieben worden. Dies wäre anders, wenn man die Abgeordneten wüßte als „Vertretensmänner“ der Partei behandelt hätte. Sie wollten als solche, und nicht als „Werzunge“ gelten; als Männer von Überzeugung seien sie auf ihre Weise gestellt worden, die auf der Grundlage des Parteiverständnisses noch ihrer Überzeugung handeln müssten. Die Zusammenarbeit von Fraktion und Parteigenossen würde besser sein, wenn man von gegenüberliegenden Meinungen erfüllt wäre und in einer abweichenden Meinung nicht gleich Dummkopf oder Bosheit seien wollte. Die Fraktion erklärte einmütig, daß sie bei Abwähung ihrer Entschlüsse stets die Rückicht auf die verschiedenen Meinungen und Gefühle der Parteigenossen nehmen werde, die den Meinungen von Parteigenossen bestens zustimmen. (Wissell.)

Kinse Göppinger: Unter der Voraussetzung, daß die Fraktionserklärung eine Erklärung der Abstimmung im Sinne des Leipziger Parteidrucks bedeute, ziehe er den Kämpfner Antrag zurück. Dieser Göppinger Antrag befiege, daß die Fraktion an solchen Veranstaltungen nicht teilnehmen solle und daß die Abgeordneten die „Werzunge“ der Parteiauskunftsfesten seien. Damit würde die Abstimmung von der Landesversammlung unter Beifall als erledigt erklärt.

Nach einer kurzen Diskussion über einige andere Landtagsfragen und dem Wunsch, daß die nächste Landesversammlung in Stuttgart stattfinden soll, wurde der Parteidtag geschlossen.

Breslauer Nachrichten.

Mittwoch, den 9. November.

Geschichtskalender.

10. November.

- 1483 Luther *.
1593 Friedrich Schiller *.
1807 Robert Blum in Köln *.

Christliche Dienstbotenfreunde!

Um die Dienstboten vor sittlichen Gefahren zu bewahren, die ihnen an ihren „freien Sonntagen“ drohen, hat man in Breslau einen Dienstbotenverein auf christlicher Grundlage errichtet. Auch in Leipzig. Dort führt jetzt in einer Versammlung ein Fräulein von Anselm-Doeberl aus: Die Dienstmädchen sind in ihrer Sittlichkeit ganz besonders gefährdet, weil sie zu früh selbständig werden. Sie sind der elterlichen Obhut entrückt, werden zu unbedeutend und verfügen sich selbstig, besuchen Tanzlängen und Kinos und leiden dabei großen Schaden an Leib und Seele. Es besteht bereits ein über ganz Deutschland verbreitet „sozialdemokratischer Dienstbotenverein“, dem man mit allen Mitteln entgegenarbeiten muß. Die Referentin verlas mit Entrüstung das

Dänische Heidekultur. Im Jahre 1866 versielte in Dänemark der Oberst G. M. Tolgar auf einen außerordentlich vernünftigen „Rebanchegedanken“. Er machte den Vorschlag, daß Dänemark das 1864 verlorne Gesetz dadurch wieder eingebeben sollte, daß es unwillkürliche Landstreken vor der mächtigen und gründete zu dem Zweck die „Dänische Heide-Gesellschaft“. Heiden und Moore sollten aufgehoben, die Marschen entwässert, trockene Landstellen bewässert, junge Bäume zu billigen Preisen auch an Privatsleute abgegeben werden, um die Aufforstung abenthalsen zu fördern. Wünschte ein Privatmann, eine Gemeinde oder eine andere Körperheit ein Stück Boden aufzufordern, so konnte man sich an die Heide-Gesellschaft wenden, die ihr unentgeltlich mit Ratschlägen und Plänen an die Hand ging — kurzum, der Boden sollte höhere Nutzung ergeben, und wog bis dahin unbekannt gelegen hatte, sollte auf andere Weise nun seinen Nutzen bringen.

Nach Jizzen, die die „Neue Hamburger Zeit“ bringt, hat sich der Erfolg dieser Bestrebungen in geradezu glänzender Weise eingespielt. Im Jahre 1860 betrug die Gesamtzahl der bewaldeten Flächen in Südtirol etwa 62.000 Hektar — 1902 dagegen 125.000 Hektar. Davon gehörten etwa 24.000 Hektar dem Staat, das übrige, bei weitem die größere Fläche also, Privatleuten, Gesellschaften usw. In demselben Maße ist die Ausdehnung der unwillkürlichen Moore und Heiden zurückgegangen. — Auch in Deutschland harren auf dem Gebiet der Heidekultur große Aufgaben ihrer Erledigung.

Eine Frauenzeitung in Konstantinopel. Ende vorigen Jahres wurde in Konstantinopel die erste nach europäischem Muster gedachte Monatsschrift für türkische Frauen, „Nebasîn“ genannt, begründet. Ihr Leiter war der eines angehörenden Weisen des Islam: „Die Frauen sind bei jedem Volke der Maßstab des Fortschritts“. In diesem Sinne stellte sich der Herausgeber, Asav Muammer Bey, die Aufgabe der geistigen und sittlichen Erziehung der türkischen Frauenwelt. Der Herausgeber sollte gegenüber diesen idealen Zielen para im Hintergrund stehen. Wirklich war die Zeitschrift bei vielseitigem und gediegenem Fabrikat und trefflicher Ausstattung und Illustration ungemein billig; allein der Erfolg entsprach, wie das „Buchhändler-Blatt“ mitteilt, der nicht den Bedürfnissen der Erwartungen. Nach dem Mißerfolge der ersten Nummer verließ der Herausgeber durch die Verlagsbuchhandlung und ähnlichen Mitteln das Interesse der türkischen Frauenwelt zu erwerben; allein von der April-Nummer kamen nicht mehr als 400 Stück verkauft werden, und es bleibt hiernach sehr fraglich, ob die türkischen Frauen für ein solches Unternehmensehr leicht sind.

Ullerseelen in Messina. Pariser Blätter melden auf Messina von ergreifenden Aufritten, die sich am vorigen Sonntag auf dem von dem großen Erdbeben betroffenen Gebäude abspielten. Die ganze Bevölkerung war schwarz gekleidet und stürmte in Massen nach dem Kirchhof, auf dem vor sieben Wochen die zahllosen Opfer, die man aus den Ruinen der Häuser hergeholt hatte, beerdigten. Viele Leichname liegen allerdings noch unter den Trümmern, aber auch diese Toten wurden in einer profanen Trauerfeier gelegt. Nach dem Besuch des Campo Santo, der in einem blühenden Garten vermauert schien, sahten die Bewohner nach der Stadt zurück und veranstalteten in den Straßen, die am meisten unter dem Erdbeben gelitten hatten, Umzüge. Aus Palermo, Catania und Apulien waren Tausende herbeigeeilt mit Kränzen und Blumen. Die Häuser, in denen man Tote vermutete, wurden geschmückt, und unter fröhlichen Gefängen zog die Menge an ihnen vorüber.

Die Nächte des Suffragettes. Besondere Nächte nahmen die Suffragettes in Birmingham an der Art, auf dessen Verantwortung hin, die im Gefängnis befindlichen Frauenschülerinnen gewalttätig gemacht wurden, um dem Hungerstreik ein Ende zu machen. Während der Nächte wurde das Haus des Rates mit Steinen bombardiert, so daß die Fenster in Scherben gingen. Die Steine waren in Glasblätter gewidmet, auf denen das Stimmberechtigt die Frauen gefordert war. Außerdem wurde das Haus des Doktors mit Plakaten besetzt, auf denen das gewaltsame Fällen der gefangenen Frauen verurteilt wurde.

Ein Scheerer als Mörder. Eine blutige Scheiteröffnung stellte sich in der Sonntag-Nacht in Halle ab. Der 25 Jahre alte wissenschaftliche Reichenlehrer an der Königlichen Klinik, Kömpf, unterhielt ein Verhältnis mit der Frau des Käfers Kieser. Als am Sonntag Käfer Frau Kieser besuchte, kam der Gaite früher als vermutet nach Hause. Es entstand ein Handgemenge zwischen den beiden Männern, in dessen Verlauf der 64 Jahre Käfer von Kömpf erschossen wurde. Käfer wurde später in seiner Wohnung hängend aufgefunden. Frau Kieser wurde verhaftet.

Begründigung einer Kindermörderin. Ein Altonaer Schwurgericht war im Jahre 1892 ein damals 20jähriges Dienstmädchen wegen Ermordung ihres lieben Kindes sowie wegen Brandstiftung zum Tode und zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Die Brandstiftung war aus dem über eine Frau erfolgt, die sie zu einem militärischen Lebenswandl verleitet hatte. Quellsie ist jedoch, dem Buchhaus beigegeben, hat das Kindliges auf dasjenige erkannt, dem Buchhaus beigegeben, hat das Kindliges auf dasjenige erkannt, dem Buchhaus beigegeben,

Blätter-Programm des Delitzscher Vereins für Hausangestellte. Da wurden den Dienstmädchen Vorträge gehalten über "Jugendgeschichte einer Arbeiterin", über die Notwendigkeit der Organisation der Hausangestellten und über die Frau und den Sozialismus. Danach wird sogar noch getanzt. Gegen dies schädliche Wirken muß eingeschritten werden, um die Mädchen vor dem Verderben zu bewahren.

Um die Geschäftlichkeit des sozialdemokratischen Vertrags recht plausibel zu machen, erzählte die Referentin, daß der Berliner Verein für Hausangestellte einen Vertrag ausgeschlossen habe, der den Mädchen vollständig die Abhängigkeit vor Unwahrheiten schreite bis christliche Dame nicht zurück, indem sie behauptete, im Vertrage werde bereits für 18jährige Mädchen der Hausschlüssel gefordert. Von einer anwesenden Vertreterin des Delitzscher Vereins wurde ihr aber gesagt, daß dies erst für 18jährige verlangt werde. Als die Dame ihre Unzufriedenheit entdeckt sah, versuchte sie zu behaupten, sie habe von 18 Jahren gesprochen; worauf sie sogar der geistliche Herr Vorlesende belehren mußte, daß sie in der Tat von fünfzehn Jahren gesprochen. Dann war das natürlich nur versprochen". Zu schade war es.

Sonderbar ist nur, daß den Mädchen gerade an ihren freien Sonntagen nach Torschluß alle möglichen sittlichen Gefahren drohen sollen. Wenn sie aber des Nachts die "Enddige" aus dem Theater oder den Gesellschaften abholen müssen, oder zum Arzt oder in die Apotheke geschickt werden, da bewacht sie jedenfalls "das Auge des Herrn". Urge Kopfschmerzen verursachten der Vortragenden die Erfahrung, daß die jungen Mädchen nur dann gern in den Verein kommen, wenn junge Männer anwesend sind. Es war höchst anzuhören, als sie in ihrer Bedeutung die Anwesenden um Rat fragt, ob man es wagen könnte, Männer und Mädchen gemeinsam einzuladen, ohne ihrem Seelenheil zu schaden.

Da sich die Referentin bereit erklärte, auf Anfragen über etwaige unsichere Ausführungen zu antworten, bat die Vertreterin des Delitzscher Hausangestelltenvereins um Auskunft, in welcher Weise die christlichen Vereine gebeten, auf die Gesetzgebung einzutwirken, was die Vortragende ganz besonders betont hatte. Die Referentin gab zu verstehen, daß, nachdem die Rednerin die geringen Forderungen des Berliner Vertrages als viel zu weitgehend bezeichnete, nicht zu erwarten sei, daß man den Dienstboten etwa helfen wolle, ihre wichtigsten Forderungen zu verbessern. Da entnahm der gütige Herr Vorlesende die Frage der schweren Aufgabe zu antworten, indem er in salbungsvollen Tonnen fand, daß man mit Gegnern der christlichen Sache sich in keine Diskussion einlassen könne. Ein Zusammengehen mit "solchen Leuten" sei unmöglich.

Ganz unzert Meinung! Deshalb wird es unser bestmögliches Bestreben sein, immer neuen Zuwachs zum sozialdemokratischen Verein der Hausangestellten" zu gewinnen. Anmeldungen werden jederzeit im Arbeiter-Schreinrat, Nikolaistraße 18/19, entgegenommen.

Schnapsbottich im Bekämpfungszwange beim Meister.

Es ist Freihilfespause. Mama, die den Gesellen ihre Buttermilch, wie immer, in die Werkstatt gebracht, bringt auch heute wieder die Bratwurstpresse mit zurück. Jetzt schon das dritte Mal. Nun kann sich's die Frau Meisterin aber nicht mehr erhalten. Spontanisch läuft sie zu ihrem Manne, der auch sehr hilfsbereit ist: "Mann, denk Dir mal, die Gesellen schäden mir heute den Schnaps wieder zurück, gestern und vorgestern haben sie auch schon keinen getrunken. Das können wir uns doch nicht gefallen lassen."

Der Meister stutzt.

Nach einem Moment fragt er, etwas bestemmmt: "Frau, seit die Mama wohl gelauft haben als wir neuig über die Laufe sprachen?" Du meinst, daß die Mama gehört hätte, daß wir uns beschrein haben, um mit dem Bratwurst mit Meistermutter zu verbünden, um dadurch den jetzt höheren Preis wieder weit zu machen? Ne, Mann, das ist nicht möglich. Ich darf ja in der Zeit extra zum Einholen weggeschickt. Und dann habe ich bis jetzt noch immer "ungedooften" rausgegeben." "Is das auch wirklich wahr?"

Aber Mann, ich weiß! Dir doch nichts vorlügen!" Der Meister denkt wieder nach. Ob den Gesellen der gute Geist (so nannte er seinen Kartoffelsuss) nicht mehr gut genug ist? Könnte schon sein, daß die ja verkehrt worden sind und läufig hochseinen Signal verlangen, wie ihn bisher bloß der Meister sich geleistet. Diese Schule soll ihnen ausgetrieben werden, und das sofort. Der Meister hat eben den letzten Löffel in den Mund gestellt und im Augenblick noch einen hinter die Binde gegossen. "Eine", sagt er zur Meisterin, "ich werde mir da gleich Gewissheit verschaffen." Damit erhält er sich und geht in die Werkstatt.

Die Gesellen führen noch beim letzten Rest ihres Bratwurstes. "Gesellen, reibt sie der Meister an, warum habt Ihr jetzt schon das dritte Mal der Frau Meisterin die Komplikation verkehrt wieder zurückgebracht?" Die jüngeren blidten auf den Meister, der für die nun das Wort nimmt: "Meister, wir sind uns schässig geworden, keinen Schnaps mehr zu kaufen. Ich so", poliert der Meister nun gleich los, "jetzt mal da, Signal soll Ihr, Signal?" Sollt uns gar nicht ein, Meister, dieser sogenannte Signal ist doch meistens aus Kartoffelpüttis zusammengesetzt. Und den Gruß haben die Jungen auf ihrem Sternenkreis hergeholt, die Jungen, die dafür die Liebesgaben einholen und uns mit den Steuern das Geld aus der Tasche holen. Wir trinken jetzt aber, hauptsächlich einen Bratwurst mehr. Ob es sich so aber anders nimmt, denn bei dem Liebesgabenspritus ist in allen altherührenden Gründen was enthalten."

Der Meisters Stimmung ist nun ausgeklungen. Das ist ja kommt; kann er also nun das Geb. das er jetzt für den Schnaps der Gesellen ausged. noch hören. Meister herzustellen wäre jetzt vielleicht nicht einzigt und die Jungen zu sprechen; aber das mit dem Schnapsbottich ist, den sie da auf ihrem letzten Bratwurst beobachtet, und den nun auch die Gesellen durchgeföhrt, wie er hier merkt, war doch "ne ganz verkehrtige Sache. Na, so ist die Geschichte", meinte der Meister, "das ist was anderes. Da will ich dann wieder nichts sagen." Mit einem leichten, schwermüthigen Lachen schüttelt er noch hinzu: "Da mich denn wohl auch ich mein Schnapsbottich", Meister, so erregte der Alte die Frau in seinem Sinn, "des letzten Sie wirklich tun. Sie helfen doch über die zwei Stunden oft genug selber schon geschafft. Und gerade über die Stunden am meisten; die Liebesgaben müssen wie kleinen Kindern unterrichtet zurück müssen, und da können Sie natürlich Ihre Zeit mit beitragen."

Schnapsbottich, Liebesgabe - Leben hatte Meister Gesellen schon öfter gehabt, nur war er noch nie recht befriedigt, wie diese zu berichten sei; sein Altersdilett konnte ihm die nötige Sicherung geben. Deshalb schrieb er ihm, nach Gedanken und in sein Wohnungszimmer zu kommen, wo dann

würden den Meister über Schnapsbottich und Liebesgabe noch des näheren disputiert wurde und wo der Meister, da die jüngeren Gesellen und die Gehilfen sie nichts davon hören und hören, ganz willig den gelehrtigen Schüler darstellen. Als Franz später wieder bei seinen Kollegen war, konnte er ihnen die vollkommene Wortschatz bringen: "Von morgen ab gibts zum Frühstück Tee; wer lieber Kaffee trinkt, soll's sagen, der kriegt dann Kaffe. — Fort mit dem Kassel auch im Bekämpfungszwange!

Falsche Rentenberechnung

ist kein zulässiger Gegenstand der Berichtigung eines schlechtergerichtlichen Urteils. Diesen Grundfaß hat das Reichsgericht erkannt und ausgesprochen. Durch die Rufforderung, die Renten neu zu berechnen, habe seine neue Revisionstricht begonnen. Eine solche Berichtigung betrafte nur Schiedsgericht, Rechnungsgericht und ähnliche offizielle Unrichtigkeiten. Hier handelte es sich aber um die Änderung des Urteils an einer materiellen Voraussetzung des Rechts selbst. In den Voraussetzungen des Anspruchs auf Rente gehörte, daß die vorgerichtete Wartezeit erfüllt ist. Indem das Schiedsgericht der Rentenberechnung weniger als 200 Beitragswochen zugrunde gelegt hat, hat es das materielle Recht verletzt, und diese Rechtsverletzung konnte es durch eigene Prozeßhandlung nicht mehr befehligen. — Uns erscheint dieses Urteil unhalbar.

Vom Respekt.

Es ist eine merkwürdige Sache um den Respekt. Manche Erzieher erreichen ihn ohne weiteres, manche können sich nie "in Respekt setzen". Aber erstreb wird er von allen. Warum haben Kinder vor dem einen Respekt und verweigern ihn hartnäckig dem anderen Unverdientes Geschenk? Besondere Bedeutung?

Nein, ganz so phantastisch ist die Sache nicht; es geht schon mit rechten Dingen dabei zu. Aber man muß ehrlich sein, wenn man hinter das große Geheimnis kommen will: Denn das Wesen dieses großen Geheimnisses ist fast immer, — daß der Erzieher durch eigene Schuld sich um den Respekt bei den Kindern bringt.

Respekt ist zunächst einmal nicht etwas, das man den Kindern einfach absfordern kann. Wer groß oder hart ist zu Kindern, wer allzeit strafft und schlägt, vor dem haben Kinder wohl Scham und Furcht, minnermehr aber inneren echten Respekt. Sobald sie dem Vammel eines solchen Gesichts entflohen sind, pflegen sie sehr deutlich über ihn zu reden und seinen Schwung rasch abzuschütteln. Aber wer schwachmütig und schlägt, ist, wer nur von den Launen und Streubungen der Kinder, die sich treiben läßt, vor dem haben Kinder gleichfalls keinen Respekt. Sie verlachen ihn heimlich und brutalisieren ihn beständig. Wio Respekt läßt sich nicht erprägen und nicht erzähmeln. Er fehlt, wo die Jügel ganz straff gespannt sind, und er fehlt, wo man sie am Boden hielten läßt.

Also doch ein geheimnisvolles Geheimnis? O nein: Respekt läßt sich sehr wohl bewußt erstreben und lebt wohl erreichen. Respekt ist durchaus eine Reaktion des Kindes auf eine bestimmte Verhaltungsweise des Erwachsenen, ist die Wirkung von Ursachen, die Folge von Handlungen, die von Erwachsenen nicht ausgehen. Also bei dem liegt das erste Glied der Kette, nicht bei dem Kind. Ob das Kind respektvoll oder respektlos vor Vater und Mutter steht, liegt an Vater und Mutter, nicht aber am Kind. Heute müßte das vierte Gebot lauten: handle so vor deinen Kindern, daß sie dich ehren können.

Es ist eigentlich eine einzige Eigenschaft, auf die bei der Erziehung alles ankommt, mit der allein man auf die Dauer Reichtum gewinnt: die Konsequenz. Richtig einmal die Selbstbeherrschung des Erziehers ist so ausdrücklich, wie sein ruhiges, entschiedenes Durchhalten. Denn wenn er auch in folgender Ausbildung dem Kind einmal Untreut ist, so kann er in ruhiger Selbstbeherrschung das Unrecht eingesehen und aufheben. Und schließlich ist es eine zwar bitttere, aber doch notwendige Erfahrung für das Kind, wenn es schon an Vater und Mutter gelegentlich spüren muß, daß die Welt nicht vollkommen und das Leben nicht nur gerecht und vernünftig ist. Also wenn wir auch zweifellos bei sicherem, fröhlichem Gleichgewicht des Kindes am besten zu erziehen vermögen, so ist es doch noch immer nicht das größte Uebel, wenn wir die Selbstbeherrschung einmal verlieren. Das größte Uebel ist, wenn wir wie Erwachsene sind, die das Kind bald hierhin, bald dorthin reißen, wenn wir morgen schon vergessen haben, was wir heute als Gesetz verhinderten, wenn wir nach Hause und nicht nach Gründen handeln, wenn wir an fremden Kindern schön finden, was wir an den eigenen bestreiten, wenn den Kindern absieben, was uns unbequem ist zu hören, wenn wir uns selber ausnehmen bei allem, was den Kindern als Pflichtgebot auferlegt wird, wenn wir anderes tun, als wir reden, wenn wir vor anderen verlegen und verleugnen, was wir im stillen vor uns selber für recht anerkennen müssen: kurz, wenn wir eben nicht consequent sind. Konsequenz ist die Lösung des Rätsels Respekt. Rechts fordern, was nicht seine Notwendigkeit in sich hat, das kann aber bei sich und bei anderen mit unerschöpferlicher Festigkeit durchhalten: das verschafft Respekt.

Aber konsequent sein ist schwer, sehr schwer. Wie viele schöne Erziehungsgesetze verbannt, wenn sie in der Wirklichkeit des Lebens bewahrt werden sollen! Wieviel gutes Willen verhindert sich, wenn die Kinder Ernst machen mit ihrer Pein und Friedelichkeit! Denn gerade, wenn die Eltern es schaffen lassen an Konsequenz: um so unerträglicher sind dann die Kinder. Du hast aber ein andermal so gelagert", oder: "jetzt hast Du es selber falsch gemacht" erklären sie einfach. Und da heißt es manchmal, sich einen Ruck geben und bei der Fahne bleiben. Und derjenige ist gut daran, der auf diese Weise sich an Konsequenz gewöhnen läßt. Schwache Stunden hat jeder Vater und jede Mutter; aber nichts hindert uns, daß wir in Zukunft umso mehr auf der Hut sind.

* Von der Landesversicherung - Auftakt Schlesien.

Der aus je 20 Arbeitern und Arbeitgebern bestehende Ausschuß hält Freitag, den 26. November, Mittags 12 Uhr, Hörsaalring 8, seine ordentliche Jahresversammlung ab. Die Verhandlungen sind öffentlich. Aus der Tagesordnung ist hauptsächlich der umfangreiche Gesellschaftsbericht über das Jahr 1908 und der Voranschlag für 1910 hervorzuheben. Wir kommen auf beiden noch besonders zu sprechen. Für heute wollen wir daran nur mitteilen, daß die Invalidenrenten auch im Jahre 1908 weiter zurückgegangen sind, obwohl sonst im Reiche ihre Zahl gesunken ist. Im Jahre 1907 sind 9690 Invalidenrenten bewilligt worden, im Jahre 1908 nur 8956. Ganz auffällig ist der Rückgang gegen das Jahr 1898. Damals war 10 Jahren unter dem alten Gesetz, das für die Arbeiter viel ungünstiger war, verglichen mit dem Gesellschaftsbericht 1.1.2.7 neu bewilligte Invalidenrenten; jetzt sind das eines größeren Kreises von Versicherten und günstigerer gesetzlicher Behandlung 2.2.7.1 Renten weniger bewilligt worden. Von behinderten Arbeitern und Arbeitnehmerinnen, die eine Invalidenrente haben müssen, wurden 46 abgewiesen, bekannt also nichts. Der Vorstand der Auftakt findet das ganz in Ordnung; wir bleiben noch wie vor dabei, daß hier Rentenversicherung vorliegt. Dabei hat die Auftakt im Jahre 1908 einen Überschuss von mehr als 5 1/4 Millionen Mark gemacht und ihr Vermögen um fast 6 1/2 Millionen Mark erhöht, sodass es am Schluß des Berichtsjahrs die gewaltige Summe von 98.541.063

Mark erreichte. Der Etat für 1910 schließt in Einnahmen und Ausgabe mit 19.871.000 Mark ab; im Jahre 1909 waren es 18.825.000 Mark.

* Die Kaufleute gegen die Agrarier. Im Kaufmännischen Verein hielt am Montag Handelskammerhundeklus Freymark einen Vortrag über "Deutsche Wirtschaftspolitik". Deutschland nehme unbestreitig auf dem Weltmarkt eine hervorragende Stellung ein. Handel und Gewerbe blühe. Der Intelligenz des Handelsstandes wie der Industrie verdanke Deutschland seine Stärke. Wenn aber die Frage aufgeworfen werde, ob dem Handelsstande der ihm gebührende Schutz in der Gesetzgebung eingeräumt werde, so müsse sie leider mit nein beantwortet werden. Die Interessen der Geschäftswelt werden gegen die der Agrarier weit zurückgedrängt. Wenn der Kaufmann nicht selbst Hand anlegt, seine Interessen zu wahren, so wird der agrarische Einfluss immer noch größer werden. Der Vortragende verbreitete sich über die agrarischen Bestrebungen, die zwar abgeschlagen worden sind, die aber zeigen, was von jener Seite zu erwarten sei. Die Agrarier wünschen die Einführung der Doppelwährung, die Verstaatlichung der Reichsbank, Forderungen, die die schwersten Schädigungen für die Wohlfahrt des Volkes im Gefolge haben würden. Überall, im Reichstage wie im Landtage machten sich die agrarischen Bestrebungen, alle Gesetze zugunsten der Landwirtschaft auszubauen, geltend. Die Regierung sei auch geneigt, dem agrarischen Einfluss Rechnung zu tragen, es zeige sich dies bei dem Wasserrecht, bei dem Schiffsausbauengesetz, überall sei die Bevorzugung der Landwirtschaft bemerkbar. Herr Freymark sprach auch die Reichsversicherungsordnung, wobei er erwähnte, daß die zu schaffenden Versicherungssämler für Handel, Gewerbe und Industrie große Lasten bedeuten, sie selbst aber vollständig überflüssig seien würden und die Selbstverwaltung vernichten. Wir sehen bei all den mannigfaltigsten Projekten in der Handels- wie in der Sozialpolitik die gewerblichen Interessen zurückgedrängt zu Gunsten der Agrarier. Da heißt es handeln, die Kräfte nicht zerstreuen, sondern geschlossen vorzugehen.

Der Vorsitzende, Handelsrichter Eppenstein, stellte darauf im Namen des Vorstandes den Antrag, den Vorstand zu beauftragen, dem Handelsstande mitzutuneln, daß der Breslauer Kaufmännische Verein beim Bunde für vorortäre Betriebe. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Herr Zigarrenfabrikant Peter wunderte sich, daß in Breslau für die Gründung einer Ortsgruppe des Handelsbundes noch nichts getan sei, obwohl hier bereits 7000 Mitglieder gewonnen sind. Er habe daher für Dienstag einige Herren zu einer Besprechung eingeladen.

Sehr sonderbar ist es, daß die Breslauer Kaufleute später zu der Erkenntnis gelangt sind, daß ihre Interessen hintan gesetzt werden zu Gunsten der Junker bei der Reichstagswahl. 1907 sprangen sie in hellen Haufen für Hirschfeld ein, dessen Herz doch auch nur für Schlot und Kraut schlägt.

* Der Fleischerzopf gegen die Schweidnitzer Kellerei. Man höre der "Breslauer Zeitung": Der Stand der Rechtsprechung hat es dem Inhaber der historischen Wirtshaus im Schweidnitzer Keller ermöglicht, seine Verkaufsstelle für das Breslauer Publikum auch in der nicht zum Verlauf freigegebenen Stunde nach 8 Uhr Abends und an Sonntagen unbeschränkt den hungrigen Mitbürgern offen zu halten. Auf eine veröffentlichte Kammergerichtsentcheidung hatte sich Herr Hilbertzand, der Inhaber der Kellerei, unter Bezugnahme auf das ihm günstige Urteil an das Königliche Polizeipräsidium mit der Anfrage gewendet, ob gegen den Verkauf freien Zeit behördlicherseits Bedenken entgegenstehen könnten. In Preußen ist die Existenz einer Verkaufsstelle, wie unsere historische Wirtshaus, abgesehen von einem ähnlichen Falle, einzig bestehend. Deshalb ist es interessant, daß die Polizeibehörde in Anerkennung der in Betracht kommenden geleglichen Bestimmungen im vorliegenden Falle mit Rücksicht auf das Bestehen einer festen Verkaufsstelle das Fehlhalten der Wirtshaus zum sofortigen Genüsse gestattet hat. Der rege Zuspruch, dessen sich die Kellerei in der freigegebenen Zeit erfreut, zeigt, daß in dem verkehrtreichen Zentrum der Stadt einem dringenden Bedürfnis abgeholfen werden ist. Das Sonderbarste aber ist an der Sache das Verhalten des Vorstandes des Fleischerzopfes gegenüber. Er hat es für angezeigt erachtet, den Inhaber der Kellerei, sein Mitglied, bei der Behörde anzuziehen, weil er nach 8 Uhr Abends und an Sonntagen verkaufsstatt das seltsame Verhalten seines Vorstandes unbekannt geblieben ist, denn der Grund der Anzeige ist nicht zu erkennen. Die allgemeinen Interessen der Mitglieder sind nicht gefährdet. Wer sich nach 8 Uhr Wirtshaus lauft, würde dies am nächsten Tage nicht mehr tun. Er würde dann bereits seinen Appetit durch Genuß anderer Speisen befriedigt haben.

Vielleicht hat der Vorstand der Fleischerzopf die Anzeige nur zum Schutz des Fräuleins erwartet, das die Wirtshaus zu verlaufen hat? Aber so viel soziale Fürsorge hat man bisher bei der Fleischerzopf noch niemals zu beobachten Gelegenheit gehabt!

* Gasvergiftung. Ein 18 jähriges Dienstmädchen namens Hedwig Richter, die seit Mai d. J. in dem Hause Voßstraße 28 in Dienst stand, ist am Dienstag Morgen tot in ihrem Bett vorfinden worden. Die Haustroh, welche sie weden sam, fand die Stube voller Gas und das Mädchen leblos im Bett liegend. Wie festgestellt wurde, hatte die Verunreinigte Abends vergessen den Gasbahn zu schließen. Das sie dies in selbstmordartiger Weise vorsätzlich getan hätte, dafür ist auch nicht der geringste Grund vorhanden, denn das Mädchen war eingeschrod und hat sich sehr gut gefühlt. Der herbeigerufene Arzt konnte nur feststellen, daß der Tod schon vor mehreren Stunden eintreten sei. Die Leiche befindet sich noch immer an der Unfallstelle; Nachtmahl wird erst der in Wagen bei Breslau wohnhafte Vater eintreffen und weitere Versiegung treffen.

* Totalsabrennen wurde am Montag Abend auf der Voßstraße durch einen Bierwagen ein unbekannter, etwa 65-70 Jahre alter Mann. Er wurde von dem Wagen umgerissen und sehr schwer verletzt; der Pferdebesitzer schaffte ihn sofort in einer Dröse nach der Königlichen Klinik, aber der Verletzte verstarb schon unterwegs. Die Leiche ist ins Leichenschauhaus geschafft worden.

* Türlinkendlebstähle. Mit dem Eintritt des Herbstes mebten sich wiederum die Diebstähle, und insbesondere bilde wieder die mess naen Türlinken einen willkommenen Gegenstand für eine Sonderart von Langfinger. Am 1. und am 5. d. M. ds. in der Zeit von 2 bis 8 Uhr Nachmittag auf einem Grundstück auf der Sternstraße und in der Marxstraße Messing-Türlinken geklopft worden. Allmählich nach rückten diese Diebstähle von einer und derselben Person her und werden sich vermutlich in der nächsten Zeit nach älter wiederholen.

* Er will kein Hurraverein sein. Der Verein G. war 5 Jahre hindurch Mitglied des Militär-Kameraden-Vereins von Saarau. Kürzlich traf er in einer Gastronomie mit einem anderen seiner Vereinskameraden zusammen, dem gegenüber er den Militärverein als einen „Hurraverein“ bezeichnete. In der nun folgenden erregten Debatte soll nun G. gesagt haben, der ganze Verein mit samt seinem Vorsitzenden könne in die Oder versenkt werden. Kurze Zeit später erhielt G. von dem Vorsitzende des Kriegervereins folgende Mitteilung:

„Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß Sie auf Grund Ihrer vor Augen nemachten Ausführungen aus unserer Mitgliederliste gestrichen worden sind.“

Im Berichte des „Hundsfelder Stadtblatt“ über die letzte Generalversammlung des Vereins heißt es über diesen Vorfall:

„Leider war der Vorsitz im letzten Quartal gezwungen, ein Mitglied wegen seines unflätigsten Verhaltens aus dem Verein auszuschließen.“

Trotzdem man kein Hurraverein sein will, wurde die letzte Versammlung von Herrn Major v. Schwennichen mit einem dreimaligen Hurra eröffnet. Wer hat nun recht?

* Das Arbeiterssekretariat Breslau ist im Monat Oktober 1910 von 875 Personen in Anspruch genommen worden; davon waren erstmalige Besucher 775, wiederholt erschienen 100, im ganzen wurde in 987 Fällen Auskunft erteilt.

Von den 875 Personen waren männlich 745, weiblich 130, organisiert 717, Ehefrauen Organisator 55, Organisationsunfähige 103, wohnhaft in Breslau 778, auswärts 99. Die Zahl der angeforderten Schriftsätze betrug 810.

* Zur Lohnbewegung der Maler. Am Sonntag abgehaltenen, zuerst zahlreich anwesenden Versammlungen nahmen die Breslauer Lackierer und Anstreicher Stellung.

Referenten waren die Mitglieder der Tarifüberwachungs-Kommission. Die Redner beleuchteten in ihren Ausführungen, die insbesondere von Entlastungskundgebungen über die neuen Zustimmungen der Arbeitgeber unterbrochen wurden, eingehend die einzelnen Bestimmungen dieses samsonischen Vertragssentwurfs. Sie wiesen darauf hin, daß ein derartiges Monstrum von Tarifvertrag für die Kollegen vollständig unannehmbar sei und niemals ihre Zustimmung finden wird. Um nur aber die nur zu berechtigten Forderungen der Kollegen zur Durchführung zu bringen, ist es unbedingt notwendig, daß jeder einzelne für die Stärkung der Organisation sorgt. Nach einer lebhaften Diskussion die sich im Rahmen der Referate bewegte und die alle Übereinstimmung mit den Aussführungen der Referenten ergab, wurde in allen Versammlungen folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heut versammelten Maler, Lackierer und Anstreicher Breslaus erklären, niemals einem Tarifvertrag zuzustimmen zu können, der außer der Grundlage des von den Arbeitgebern vorhergelegten Tarifmusters abgeschlossen würde. Sie protestieren ferner ganz entschieden gegen die Auslassungen der Führer des Arbeitgeberverbands, daß unsere Forderungen stets und ohne Ueberlegung aufgestellt worden sind. Die versammelten erklärten vielmehr, an den Forderungen festhalten zu müssen, weil sie für die Lebenshaltung, in Abrechnung der erhöhten Steuern, Zölle, Wohnungssteuern usw., unbedingt notwendig sind und verblüfften sich, alles dafür einzusehen, daß diese Forderungen auch zur Durchführung gebracht werden.

* Briefstellen. Ungeachtet wiederholter an das Publikum gerichteter Mahnungen, daß Druckdrägen so zu verwenden, daß das Einschleben anderer Sendungen verhindert wird, kommen noch immer so unzweckmäßig verpackte Druckdrägen vor, daß man sie geradezu als Briefstellen bezeichnen muß. Die Beachtung der nachstehenden Winde für eine praktische Verpackung derartiger Sendungen wird dringend im Interesse des lieben Nachwuchses: Bei gängigen Drucksachen, die unter Band verdeckt werden sollen, bietet sich als wirtschaftliches Mittel zur Vermeidung breiter Spalten die Anlegung eines Kreuzbandes an Stelle des einfachen Streifbandes. Kann man sich hierzu aber nicht entschließen, dann sollte wenigstens ein aus gutem Papier hergestelltes Streifband so eng wie nur möglich um die Drucksache gelegt und außerdem eine feste kreuzweise Umschließung mittels Fäden oder Gummidrägen hergestellt werden. Bei Drucksachen, die unter ordnener Briefumschlägen zur Abhandlung kommen sollen, wären zunächst Umschläge anzuwenden, deren Verkaufspreise nicht am breiten oberen Rande, sondern an der schmalen Seite befinden. Jedenfalls soll man die Umschläge nicht in den Umschlag einschieben. Soll der Inhalt vor dem Herauslassen geschützt werden, so verwendet man Umschläge, deren Verchlussapparate einen zum entziehen, zum Einfüllen in einen dickeren Schutz des Umschlages eingerichtet haben. Ueberhaupt hat die Papierindustrie bereits solche Drucksachenhüllen auch in anderen Formen auf den Markt gebracht; das Publikum muss sich nur an deren Verwendung gewöhnen.

* Humboldt-Verein für Volksbildung. Donnerstag, den 11. b. M., ebenfalls 8 Uhr, wird im Saale von Gasperkes Restaurant, Matthäusstraße 18, Herr Dr. med. Silber, einen Vortrag über das alte Kreis interessierende Thema: „Die Bedeutung des Fiebers“ halten. Der Vortrag ist für jedermann, Männer wie Frauen, frei.

* Schwere Unfallsfälle. In das Krankenhaus der Bormherzigen Bilder wurden folgende Schwerverletzte eingeliefert: ein Arbeiter aus Gimper, der vom Wagen gefasst und unter die Räder kam, ein hiesiger Bäcker, der von seinem Fahrrad überfuhr, ein Schmied aus Gräbchen, dem beim Transport von Eisenbahnschienen die Finger der linken Hand abgeschnitten wurden, ein Arbeiter aus Überherrn, der in eine Grube fiel, ein Arbeiter aus Spandau, der beim Heraufziehen vom Wagen unter die Räder kam, ein Bäcker, der beim Transport von Eisenbahnschienen die Finger der linken Hand und einen der rechten Hand sprach, ein Kutscher aus Gräbchen, der überfahren wurde, ein hiesiger Schmied, der mit der linken Hand in eine Bohrmaschine geriet, ein hiesiger Schlosser, dem ein 20 Pfund schweres Stück Eisen auf den Kopf fiel, ein Arbeiter aus Liss, der vom Hemboden stürzte.

* Vermißt wird seit dem 28. v. M. die 27jährige Ehefrau des Fleischermeisters Müller, Berliner Chausse 87. Sie hatte 200 M. bares Geld und eine goldene Uhr mit Ketten bei sich, und war mit rotbraun-gestreifter Bluse, schwarzem Rock mit Sammelflickenbelag, schwarzem Jäckchen und weißem eng lichen Strahnhut bekleidet. Es wird angenommen, daß die Vermißte Selbstmord verübt. Angaben zu ihrer Ermutigung werden nach Zimmer 81/82 des Polizeipräsidiums erbeten.

* Abhanden gekommen ist dem Komodiot Frits Schipke in Döll, Nachodstr. 16, während seines Aufenthalts in Breslau auf der Berlinerstraße ein vierzehriger Kauenwagen mit zwei Pferden (Kutschenschuh und Rappenstute). Vor Anlaufen des Wagens oder der Pferde wird gewarnt.

* Gefunden wurden eine braune Handtasche, eine gelbe und eine graue Biederdecke mit Kante, eine schwarze Altenstücke mit Handwerkzeug, ein schwarzer Wulff, ein Schlüsselbund, zwei Tränke mit verschiedener Farbe, mehrere Portemonnaies mit Inhalt, ein Bandchein, eine goldene Sammelflasche mit Kette, eine Brille, ein Spazierstock mit Silbergriff, ein Verdi-Schildchen für die Feuerwehr und eine silberne Damenuhr. — Entlaufen ist der Landwirt Kohlert in Krieger ein Pferd (Kutschstute).

Klus-Schlesien und Provinz.

Brieg, 8. November. Der Einzug der Roten ins Stadtparlament. Ein heiterer Kampf war der heutige Wahltag. Schon von 8 Uhr früh stellten sich die Wähler in ansehnlicher Zahl im Wahllokal ein und der ewig schlafende Spieker wurde gewahrt, daß etwas besonderes „los“ sein müsse. Von 11 Uhr ab war derandrang so groß, daß die Wähler dichtgedrängt im Wahllokal und in den Vorräumen standen, so daß man schließlich die Tür zum Wahllokal mit zwei Schutzleuten besetzte und die Wähler nun truppweise eintraten. Um 12 Uhr wurde der Andrang noch stärker; zu hunderten kamen die Arbeitnehmer. Da das Wahllokal überfüllt war, mußten sie auf dem Hof warten, der in kurzer Zeit ebenfalls überfüllt war. Viele Arbeiter, die keine Zeit zum Warten hatten, und nur in der Mittagspause ihrer Wahlpflicht nachkommen konnten, mußten bedauerlicherweise wieder fortgehen, ohne gewählt zu haben. In scharfen Worten machte sich der Untwill der Arbeiter, wie auch der Bürgerlichen gegen die Unzulänglichkeit des Wahllokals laut. Eine Lust war es mit anzusehen, wie die Arbeiter, die zum ersten Male den Sturm aus dem Rathaus unternommen, anmarschiert kamen um ihre Stimme abzugeben. 16 Kandidaten standen zur Wahl, 12 Bürgerliche und 4 Sozialdemokraten. Es entfielen Stimmen auf die Genossen Nitsche 845, Pollak 342, Farchmin und Rydzek 1840. Die Bürgerlichen erhielten prakt. Arzt Lartsch 386, Gaul 310, Warlus 240, Pischlinski 225, Umann 105, Lisse 95, Hubel 90, Wendiner 48, Meyer 48, Winkler 43, Lorenz 13 und Honschalle 9. Von 2575 stimmberechtigten Wählern übten 758 ihr Wahlrecht aus. Die absolute Majorität beträgt 379. Uns fehlten also nur etwas über 30 Stimmen dazu. Gewählt ist prakt. Arzt Lartsch. Zwischen den Genossen Nitsche, Farchmin, Pollak und Nitsche, sowie den Bürgerlichen Gaul und Warlus findet Stichwahl statt. Mag die Stichwahl nun ausfallen wie sie will, ein Sozialdemokrat kommt bestimmt in das Parlament.

Die Partei heißt nun: Auf zur Stadtwahl. Genossen, Arbeiter, Handwerker und Bürger! Nun heißt es arbeiten und oft Müdigkeit noch auszutüten, damit auch diese ihr Stimmrecht ausüben. Kein Wähler darf fehlen. Unsere Aufgabe muß sein, nicht nur einen, sondern alle drei Kandidaten glatt durchzubringen. Die Breslauer Arbeiterchaft hat zum ersten Male gezeigt, daß sie stark ist, daß sie etwas leisten kann. Und deshalb müssen alle Kräfte angespannt werden, um den gestern errungenen erfreulichen Erfolg am Stichwahltag neue hinzuzufügen.

Schweidnitz, 9. November. Übung, Parteigenossen! Nächsten Sonntag, den 14. November, findet die allgemeine Wahl-Agitation im Stadt- und Landbezirk statt. Mit der Verteilung von Wahlplakaten wird die Verteilung der Post- und Flugblätter gegen den Anteilswahl verbunden. Alle diejenigen Genossen, die bei dieser unantastbaren Arbeit zu helfen bereit sind, melden sich Freitag Abend doch v. 18. Et. pe. im Rechtschutzbüro-Denkmal-Ausgabe des Materials. Parteigenossen, stellt Euch zahlreich zur Verfügung, damit die Verteilung glatt vorstatten geht.

Neumarkt, den 7. November. Die Stadtverordnetenwahl am Montag waren hoffentlich die letzten, woan sich die Sozialdemokratie nicht beteiligt. Grundsätzlich sind selbstverständlich auch die beiden Genossen der Ansicht, daß sie sich mehr als je um die kommunalen Dinge kümmern und zur Wahl gehen müssen. Aber in Neumarkt ist es den meisten Arbeitern und Handwerkern unmöglich gemacht, ihr Bürgerrecht auszuüben, weil jeder, der wählen will ein Bürgerrechtsgeld von 18 Mark gezahlt haben muß. Das Wahlrecht in der Gemeinde ist ohnehin schlecht genug; hier ist es durch das Bürgerrechtsgeld noch mehr verschlechtert worden. Mit diesem unerhörten Zustande beschäftigte sich heute eine gut besuchte Versammlung im „Geben Löwen“. Genossen Neukirch-Breslau hat: das Referat übernommen; er sprach in bessergemutigtem Ton über die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen und betonte es scharf, daß Neumarkt noch zu den wenigen Orten gehört, die zum Schaden der Arbeiterchaft ein Bürgerrechtsgeld erheben. Es wurde darauf folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffenliche Versammlung ist mit den Ausführungen des Ref. einverstanden. Sie ist überzeugt davon, daß es gerade die wertvollste Bevölkerung dringend nötig hat, sich mit den kommunalen Angelegenheiten zu beschäftigen und an den Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen. Die Versammlung forderte das Dreiklassenwahlrecht in der Gemeinde, das die kleine Zahl der Befreiung aus Kosten der Armen und Vermögen in unerhöhter Weise bevorzugt. Verschärft wird aber die Entziehung der großen Majen in Neumarkt leider noch dadurch, daß nur der Bürger wählen darf, der ein Bürgerrechtsgeld von 18 Mark gezahlt. Die Verammlungen beschließen deshalb, den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung zu erzählen, daß es Bürgerrechtsgeld endlich abschaffen; sie hoffen, daß es recht bald geschieht, denn es ist schrecklich ungerecht, daß Bürgerrechtsgeld noch länger bestehenbleiben.

Hirschberg, 9. November. Nachlese zur Stadtverordnetenwahl. In den Tagen des „Bots“ über den „Sieg des Liberalismus“ bei der ersten Abstaltung mischen sich bittere Bähren. Der Wortschärfer und politische Bediente des Freiheits, Herr Hugo Wenzel, hat einen schweren Durchfall erlitten. Wer hätte am Freitag geahnt, als er im Schweiße seines Angesichts die Liste führte, daß er das letzte Mal in diesem Saale sitzen würde. In der zweiten Abstaltung hatte er mit Herrn Pohl die gleiche Stimmenzahl und das Los entschieden gegen ihn. Mit Herrn Wenzel muß eine zweite Freiheitsgruppe das Stadtverordnetenkollegium meiden. Herr Justizrat Ledermann ist in der ersten Abstaltung gegen eine Stimme durch (26 gegen 27). Der „Bote“ ist denn auch untrüglich und wäßigt den „Wichtwähler“ gehörig den Kopf, weil sie sich nicht vor den verfeindeten Freiheitsparteien spauten. In seinem Schmerz hofft er, daß wir sie beide in nicht allzuferner Zeit wieder in der Stadtverordnetenversammlung „begleiten“ werden, denn „es wird dafür gesorgt werden, daß ihnen Platz geworden ist.“ Damit ist dem „Bote“ jedenfalls wider Willen das Eingefühlndnis entschlossen, daß die Gewählten bedingungslos unter dem Kommando politischer Wortschärfen stehen.

Einen anderen Heinsoll erlebte der „Bote“ zwei Tage vorher, wo er eine Schauergeschichte aus Görlitz brachte. Danach sollten unsere Genossen verloren haben, die Inhaber von Zeitungsausgaben zum Streiken zu verhören, doch ist ihnen das gründlich verboten worden. Ein Handumdrehen gelang es den Zeitungen, die erforderlichen Ausgabestellen mit den bisherigen Inhabern aufzubrechen und die entsprechenden Geschäfte wieder zu beginnen. Es war ein erbärmlicher Plan, der aber den Wählern zeigte, daß die Sozialdemokratie im Verfolg ihres Parteiinteresses rücksichtslos vorgeht. Wir erwarten, daß ihnen am Wahltag die gebührende Antwort zuwirkt. Den gleichen Wunsch hegen wir auch für unsere Wahl. Ob in Görlitz oder Friedberg — die „Genossen“ bleiben immer dieleben.“ Heinsoll möchte das bösartige Blatt an anderer Lage berichten, daß die gebührende Antwort auch gehabte Sozialdemokratien sind.

Einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeiter haben auch die Sozialwirtschaften. Wie die Birsche, wollte auch das Gewerkschaftsamt zu den Kandidaten Stellung nehmen und hierzu eine Versammlung abhalten. Trotz eines Vertrages, den die Sozialwirtschaft mit dem Kartell wegen Freigabe der Güte abgeschlossen

hatte, vollzog dabei die kleine Verwicklung, daß er eine für Mittwoch vorgesehene Versammlung des Volkschulischen Vereins auf Donnerstag versetzte. Die Versammlung fand natürlich Mittwoch statt, aber der Bredt war ebenfalls erreichbar.

Brieg, 9. November. Vor dem Stadtbüro in Die lebte Stadtverordnetenwahl genehmigte zunächst die Amtsmeisterei die Wahlrats-Nadel, forderte aber Auflösung, warum die Niederlegung erfolgte. Da die Grinde nicht für das Ohr bestimmt zu sein scheint, erklärte der Beigeordnete Vogel, nur in zweiter Sitzung darüber Mitteilungen zu machen. Der Staat der Sparkasse für 1910 steht in Einnahme und Ausgabe mit 2.771.290 Mark ab. Die Stadt erbaute bis 1. Oktober 1911, gegen entsprechende Vergütung, ein Dienstgebäude für das Feuerwehrkommando nebst Dienstwohnung für den Bezirkskommandeur, das der Militärisches zunächst auf 30 Jahre mietet. Als Bauplatz hierzu kommt der zwischen dem Rautenkranz und der Moltkestraße gelegene Platz. Mit dem Bau dientes nächstes Jahr begonnen werden. Eine lebhafte und längere Debatte entstand über den Anfang eines Grundstückes zur Anlegung eines Festplatzes. Außerdem war hierzu von Seiten des Magistrats die Wiese vor dem Bahnhofsvorplatz am Ende der Haderauerstraße angeboten. Die neue Festwiese würde in 150 Quadratmetern angelegt. Ein geeigneter Platz mit gelegenen Kosten wird schon noch zu finden sein, daß man aber wegen zweier Personen unhalbare Ausstände vereinigen will, ist unser Gebücksparlament ganz ähnlich.

Glogau, 7. November. Gewerkschaftsamt. Die Sammlungen für die freitenden Schwestern erbrachten 804,20 M. Dem Vater des Plantagen-Etablissemens, der den Kriegsvereinern 1/4 Peter Bier für 15 Ps. abgibt, von den Arbeitern aber 20 Ps. verlangt, soll mitgeteilt werden, daß, wenn er auf Arbeitsergebnis weiter rechnet, auch für diese den billigen Preis wieder einkommt. — Die erste Volksworstellung ergab einen Ueberstand von 24,40 M. Die zweite dreitägige Veranstaltung findet am 28. November, Matinées 8 Uhr, statt. Es wird Bruder Straninaer als Operette gegeben. Die Preise der Boxen- und der Fauteuilstühle erhöht sich aber um 15 Ps., die der anderen um 10 Ps., dafür erhält jeder Besucher den Theaterticket gratis. — Zum besseren Braneau soll und wurde nach einer Lebete folgender Besitztum gekauft: Stühle an alle Gewerkschaften zwecks Auktionsation unter ihren Mitgliedern zu senden, auf denen alle organisierten Arbeiter aufgerufen werden, sein Verhältnis zu untersuchen, wo nichts anderes geschieht wird. Dann wurde eine Kontrollkommission von zehn Delegierten gebildet, die die Kollekte mit Verhältnis-Bier-Ausloben der Besucher wegen einer strengen Kontrolle unterzogen sollen. — Die Faderanstaltssitzesitzerin Frau Hoffmann teilte dem Kartell mit, daß sie ein Wannenbad nicht unter 65 Ps. abgeben kann, welches noch ein Anschlagspreis für das Kartell bildet soll. Es wurde sehr bemängelt, daß die Stadt Glogau, die doch über genügend Badewasser aus der Oder verfügt, gerade in Begegnung hinter den kleinen Gemeinden Schlesiens zurücksteht. Es soll an den Magistrat heran, die Stadtverordneten eine Eingabe um Errichtung eines billigen Volksbades (Brausebad) gerichtet werden, damit auch die Arbeiterschaft das Wohlbefinden kann. Gegenwart wird der Magistrat noch erüthert, beim Wiederaufbau der zerstörten südlichen Flussbade statt bedeutende Vergütungen daran vorzunehmen, die für Mindestbemittelte Gelegenheit zu einem billigen Flussbade bieten würden.

Glogau, 7. November. Gewerkschaftsamt. Die Sammlungen für die freitenden Schwestern erbrachten 804,20 M. Dem Vater des Plantagen-Etablissemens, der den Kriegsvereinern 1/4 Peter Bier für 15 Ps. abgibt, von den Arbeitern aber 20 Ps. verlangt, soll mitgeteilt werden, daß, wenn er auf Arbeitsergebnis weiter rechnet, auch für diese den billigen Preis wieder einkommt. — Die erste Volksworstellung ergab einen Ueberstand von 24,40 M. Die zweite dreitägige Veranstaltung findet am 28. November, Matinées 8 Uhr, statt. Es wird Bruder Straninaer als Operette gegeben. Die Preise der Boxen- und der Fauteuilstühle erhöht sich aber um 15 Ps., die der anderen um 10 Ps., dafür erhält jeder Besucher den Theaterticket gratis. — Zum besseren Braneau soll und wurde nach einer Lebete folgender Besitztum gekauft: Stühle an alle Gewerkschaften zwecks Auktionsation unter ihren Mitgliedern zu senden, auf denen alle organisierten Arbeiter aufgerufen werden, sein Verhältnis zu untersuchen, wo nichts anderes geschieht wird. Dann wurde eine Kontrollkommission von zehn Delegierten gebildet, die die Kollekte mit Verhältnis-Bier-Ausloben der Besucher wegen einer strengen Kontrolle unterzogen sollen. — Die Faderanstaltssitzesitzerin Frau Hoffmann teilte dem Kartell mit, daß sie ein Wannenbad nicht unter 65 Ps. abgeben kann, welches noch ein Anschlagspreis für das Kartell bildet soll. Es wurde sehr bemängelt, daß die Stadt Glogau, die doch über genügend Badewasser aus der Oder verfügt, gerade in Begegnung hinter den kleinen Gemeinden Schlesiens zurücksteht. Es soll an den Magistrat heran, die Stadtverordneten eine Eingabe um Errichtung eines billigen Volksbades (Brausebad) gerichtet werden, damit auch die Arbeiterschaft das Wohlbefinden kann. Gegenwart wird der Magistrat noch erüthert, beim Wiederaufbau der zerstörten südlichen Flussbade statt bedeutende Vergütungen daran vorzunehmen, die für Mindestbemittelte Gelegenheit zu einem billigen Flussbade bieten würden.

Neustadt O.S., 9. November. Erfreuliche Fortschritte. Bei der am Montag stattgefundenen Stadtverordnetenwahl gelang es unseren Genossen, die erst am Sonnabend ihre Beteiligung beschlossen, einen erfreulichen. Erfolg zu erzielen. Brot von unseren Genossen kommen sogar mit den bisher immer glatt gewählten Zentrumskandidaten in die Stichwahl. Es erhalten Stimmen: Die Genossen Hausschuster Kuhnert 100, Fabrikarbeiter Schindler 100, Fabrikarbeiter Weiß 99, Bäcker Kretschmar 98, Fabrikarbeiter Bölk 98. Die vom Zentrum aufgestellten Kandidaten Schuhmachersmeister Reichel 249, Gerbermeister Franz Habel 244, Fleischerschöpfermeister Krause 244, Ober-Postassistent Schelka 158, Schuhmachersmeister Jos. Glodny 164. Die vom bürgerlichen Wahlkomitee aufgestellten Kandidaten Heilig und Schröder erhalten 88 und 77 Stimmen. Gewählt sind die Zentrumskandidaten Reichel, Habel und Krause, während die Herren Schelka und Glodny erst in der Stichwahl mit unseren Genossen Kuhnert und Schindler ihr Mandat erringen müssen. Da das bürgerliche Wahlkomitee schon bei der Hauptwahl für drei vom Zentrum aufgestellte Kandidaten stimmte, so ist die Wahl bei beiden andern Schwarzen sicher, umso mehr, als es in gegen die Sozialdemokratie geht. Unsere Neustädter Genossen haben sich bei dem ersten Versuch wider geschlagen und der letzte Erfolg berechtigt zu den besten Hoffnungen für die Zukunft.

Neustadt O.S., 9. November. In der letzten Versammlung des Wahlvereins gab Genosse Becker einen kurzen Bericht über die wichtigen Verhandlungspunkte der Kreisversammlung vom 24. Oktober und dabei die Abweitung der drei oberherrschaftlichen Wahlkreise Oppeln, Kreisburg-Rosenberg und Liebisch zum Katowicer Agitationssatz hervor. Hierauf referierte Genosse Scholich-Breslau über Aufgaben der Sozialdemokratie in der Kommunalverwaltung im allgemeinen, unter Berücksichtigung der Neustädter Verhältnisse im besonderen.

Bautzen, 9. November. Bei dem Dynamit-Attentat auf den Schriftsteller bei Bautzen in der Nacht zum 28. Oktober wird weiter gemeldet, daß es dem Kriminalbeamten Bierichtsamt in Bautzen gelungen ist, den Attentäter zu verhaften. Der Täter ist der Schlepper Thomas Jonik, aus Maciejowitzer Weg wohnhaft. Der Vater arbeitet in einem Steinbruch und so war es ihm ein leichtes, die Dynamitpatronen an den Schaffern. Bei seiner politischen Verhaftung ein ganz verblüffendes Werk zur Schau. Der Verdächtig lenkte sich auf Jonik, weil er in der bestehenden Macht aus der Richtung, wo das Attentat auf den Bierichtsamt gesetzt wurde, gekommen war. Er ist von mehreren Personen zusammen geschnappt. Bekanntlich sind auf die Ergreifung des Adlers 1000 M. als Belohnung ausgesetzt.

Bautzen, 9. November. Zu der Begegnung wangen sahe gegen den Redakteur Nowak, über die

2. Beilage zu Nr. 263 der „Wolfswacht“.

Mittwoch, den 10. November 1909.

Die Sozialdemokraten als Erzieher.

In der Kasseler Stadtverordnetenversammlung entwickeln unsere Genossen eine sehr eifige Tätigkeit, man darf erstaunlich sagen, daß sie nicht erfolglos ist. Vor Jahresfrist hatten unsere Genossen folgende Interpretation eingebracht:

1. Ist dem Magistrat bekannt, daß die Arbeitslosigkeit in Kassel in diesem Jahre noch erheblich größer ist als im voraus-gegangenen Jahre?
2. Ist der Magistrat gewillt, Vorsorge zu treffen, daß der Arbeitslosigkeit noch Möglichkeit begegnet wird, und daß die Folgen der Arbeitslosigkeit gemildert werden?
- a) durch Inanspruchnahme städtischer Arbeiten,
- b) durch Vermehrung von Zuflüssen an die gewerkschaftlichen Organisationen alter Richtungen, soweit sie ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zahlen und damit den Armeniaten der Stadt we entlasten.

Der Oberbürgermeister antwortete in durchaus nicht pflichtdienstleidender Weise, lehnte die Frage unter 2b mit Entzürkung ab und entwarf auf Grund „sehr genauer Informationen“ von den Gewerkschaften ein Bild, das den ebenso schlecht wie er selbst unterrichteten Stadtverordneten eine Gänsehaut auf den Rücken zauberte. Ein praktisches Ergebnis hatte die Interpellation nicht, denn von den 60 Städtevätern sind nur 8 sozialdemokratisch. Aber ein halbes Jahr später kamen unsere Genossen abermals, und mit noch besserem Material ausgerüstet. Jetzt war dann auch der Erfolg einigermaßen zu verzeichnen. Doch der Hochbeamtenrat des Staatsrates beschloß die Stadtverordnetenversammlung:

„Den Magistrat zu ersuchen, der Einführung einer Arbeitslosenversicherung näher zu treten.“

Dieser Tage kam die Antwort des Magistrats. Er hat hausenweise Material zusammengetragen, lehnte aber strikte ab. Der sehr vorurtheillose Vorsieher der Stadtverordnetenversammlung, Geheimrat Pfeiffer, hatte unseren Genossen Scheibemann als ersten Berichterstatter bestimmt. Der ging nun den Dingen so gründlich zu Leibe, daß nach seinem Referat nicht nur der Stadtverordnetenvorsteher, sondern auch Stadtverordnete aus den verschiedenen Lagern das Votum ablegten: Hier handelt es sich in der Tat um eine Angelegenheit, die wir wohl alle, abgesehen vom Referenten und einigen anderen Kollegen, nicht genügend studiert haben. Da gilt es noch Abklärung zu schaffen.

Und das Ergebnis. Einstimmige Annahme dieses Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Mittellungen des Magistrats betr. die Arbeitslosen-Unterstützungfrage zur Kenntnis, während aber eine weitere Prüfung der Angelegenheit noch nicht zu diesem Zweck eine fünfköpfige Kommission ein mit dem Antrage, die Frage eingehend zu erörtern, und dann bis spätestens zum 1. April 1910 der Stadtverordnetenversammlung über zu erstatten.“

Gleichfalls akzeptiert wurde eine Resolution, durch die bestimmt wird, daß bei der Vergebung der sehr umfangreichen Notstandearbeiten in erster Linie Unternehmer und Arbeiter aus dem Stadt- und Landkreis Kassel berücksichtigt werden müssen.

Es soll nicht die Möglichkeit von der Hand gewiesen werden, daß die vernünftigen Entschließungen nicht in letzter Linie zurückzuführen sind auf die deutlichen Schlüsse unseres Redners. Er hatte nämlich gesagt: „Ich weiß, daß Sie zumeist aufgehen in Sorgen um das Gedächtnis städtischer Werke und Einrichtungen. Wir wissen, wie wichtig das ist. Aber über den Werken steht uns der Mensch! Für uns steht im Mittelpunkt der Kommunalpolitik der Gemeindebürger. Sein Wohl muß uns über alles gehen. Sie sitzen hier in ihrer großen Mehrheit.“

auf Grund bestimmter Vorrechte. Die Masse unserer Bürger ist nahezu rechtlos. Zwei Drittel der Versammlungsmandate sind Ihnen ohne weiteres gesichert. Vom letzten Drittel muß noch die Hälfte aus Hausbesitzern bestehen. Bedenken Sie also bei Ihren Beschlüssen, daß die Arbeiterschaft die ihr gehörende Vertretung hier nicht erlangen kann. Da liegt Ihnen die Verpflichtung auf, den Entrechteten gegenüber ganz besonders gewissenhaft zu verfahren.“

Partei-Angelegenheiten.

Internationale sozialistische Preskonferenz. Der Kongress des Internationalen sozialistischen Bureaus in Brüssel, die Sonntag taute und sich hauptsächlich mit der Vorbereitung des Kopenhagener Kongresses zu beschäftigen hatte, ging am Sonnabend die Konferenz von sozialistischen Jou-nalisten voran. Sie beriet verschiedene Vorschläge, die zur Verbesserung des internationalen Informationsdienstes gemacht worden sind. Das Internationale Bureau hatte eine Liste der sozialistischen Presse aller Länder und eine Liste der Personen vorlegt, die in der Lage wären, Korrespondenzen zu senden. Neben der Vervollständigung dieser Liste und über die Zweckmäßigkeit einer derart organisierten Berichterstattung gaben die Vertreter der verschiedenen Länder Erklärungen ab. Von Ader-Lestereich legten dar, daß in ihren Ländern die Frage gelöst ist, da Korrespondenten in den großen Zeitungen vorhanden sind. In den kleinen Ländern könne man nicht ständige Korrespondenten halten, auch sei dies überflüssig. Wo es die Situation erfordert, wie zum Beispiel beim schwedischen Generalstreik, schickt die deutsche Presse Spezialkorrespondenten. Die Anlegung der Liste sei sicher nützlich, mehr lasse sich vor der Hand nicht leisten. Dr. Diemann von Polen, Branting u. a. sprechen in denselben Sinne. Nuelth-England und Berger-Vereinigten Staaten geben zu, daß die Berichterstattung der deutschen Presse genügt, Deutschland hält aber andere Länder die Frage für sehr wichtig, da die meisten anderen Länder in schlechterer Lage seien. Berger meint, daß die Berichterstattung aus Amerika auch in der deutschen Presse ungünstig sei. Die Biologen-Berger erklärt, die nichtdeutschen Länder hätten Korrespondenten nötig, die aber keinen offiziellen Partiestempel bekommen sollten.

Hierauf wird die Frage der Bulletins behandelt, die kleinere Nationen, die keine Tagesspiele zur Verfügung haben, herausgeben wollen. Dr. Adler meint, daß die bestehenden Parteien eine Umfrage an die Presse des Auslandes richten und Abonnenten suchen sollen. Huyssmans erklärt sich bereit, die Beiträge zu befragen. Die Errichtung eines Deutschen Dienstes wird von der Bouleuse bestimmt, der darauf hinweist, daß die Deutschenbüros im alten Sinne überall sind, und dem telephonischen Austausch von Nachrichten Platz machen müssen. Es können Sammelstellen von Nachrichten, z. B. in Paris für Frankreich und Italien, in Berlin für Deutschland und Österreich errichtet werden. Dieser Nachrichtendienst würde den dienstlichsten Bediensteten benötigen und nicht zu teuer kommen. Er meint, Huyssmans könnte diese Verbindung vermitteln. Reinaud und Gaillant unterstützen die Ausführungen Huyssmans. Huyssmans sagt, die deutschen Genossen hätten bisher wenig Interesse gezeigt und nicht einmal eine Liste eingereicht. Er erhält die Gründlichkeit, sich an den deutschen Parteidienst zu wenden und darüber hinaus als Vermittler bei der Organisation des Pressedienstes lädt zu sein.

Eine Abregung, die Abschaffung des Interessenteiles betreffend, findet allgemeinen Übereinspruch. Branting weiß darauf hin, daß in Schweden nach dem Generalstreik sich die größten Blätter entzlossen haben, keine Interesse zur Empfehlung von Spendenbriefen mehr anzunehmen. Die Frage wird schließlich den einzelnen Blättern überlassen.

Vom Fortschritt der Presse. Firmenträger und Preskommission der „Schw.-Pols. Volks-Zitung“ haben schon vor längerer Zeit beschlossen, einen vierten Redakteur anzustellen. Am letzten Sonntag haben nun beide Körperschaften als Redakteur den Genossen Henschel-Berlin gewählt. Genosse Henschel wird sein Amt wahrscheinlich am 15. November antreten.

Die Erfurter „Tribüne“ und ihr Spitalblatt „Thüringen“ haben mit Anfang November 625 neue Abonnenten gewonnen.

Personalien. Zum Arbeitersekretär in Halle wurde Genosse Kleiss, Disconto-Kassenbeamter in Bützen, gewählt.

Aus aller Welt.

Kundarbeiterfreunden. Was für Mißhandlungen unsere Kundarbeiter erdulden müssen, zeigt eine Schöffengerichtsitzung in Stolp. Wegen schwerer Körperverletzung hatte sich ein 28 Jahre alter Inspektor Rechelt aus Alt-Malzow zu verantworten. Im Mai d. J. war der Pächter August Frits bei der Drillsmaschine tätig und beaufsichtigte der Angestellte die Arbeit. Kurz vor Feierabend erklärte Frits, er müsse einmal austreten und bat den Angestellten, so lange die Maschine zu beaufsichtigen. Als er etwas lange ausblieb, ging der Angestellte ihm nach. Als er ihn trug, hielt Rechelt nach kurzem Wortwechsel auf Frits mit seinem eichenen Stock ein. Der Stock zerbrach. Frits stand bestummunglos mit einer blutenden Wunde zu Boden. Ohne sich um den Niedergeschlagenen zu kümmern, ging der Angestellte weiter. Erst nach einer Stunde fand der Sohn des Frits seinen bestummunglos liegenden Vater, lud ihn auf den Wagen und fuhr ihn nach Hause. Der herbeigerausche Arzt ließ mehrere Kopfverletzungen und einen Riß im Kronwulst fest. Die Strafe für die rohe Tat fiel zuerst milde aus — 150 Mark Geldstrafe. — Man sieht, es gibt noch milde Richter. Ob die Strafe auch eine Geldstrafe gewesen wäre, wenn der Fall umgekehrt gelegen hätte?

Auch wenn die „Deutsche Tageszeitung“ diesen Vorfall nicht glücklich mit dem Mantel großräumiger Nachsicht bedeckt sollte, wird sie weiter über Röheit und Unbotmäßigkeit der — Arbeiter klagen.

Die „Fliegenden“ konfisziert! Einmal Ungewöhnliches ist passiert: Die guten, braven „Münchener Fliegenden“ sind dem Schicksal der Konfiszierung obliegenfallen. Im gut katholischen Schweizer Kanton Wallis hat sich die Mordgeschiechte ausgezogen. Die Verteilung dieses Staatsrechts fand, was dem übrigen Europa sonst auch im kleinen Bereichsteile nicht eingefallen wäre, daß die „Fliegenden Blätter“ ganz einfach ein staatsgefährdetes Organ sind. Sie hat den Bahnhofsverkehr des Kantons für die ganze in ihr Gebiet fallende Simplonstraße verboten, und die Winterthurn in St. Moritz steht im Vorlesenden der geistigen Auswirkungen. Die Verteilung fragt sich der Zeitgenosse, auf welchen Schnitten im Zukunftskampf gegen Schiefermüller-Haarmann, Haushofschiffbau, Bergwerker und gebrauchte Wirtschaftsgüter zuhören würde, wenn es etwa auch die übrigen Kantone Europas dem Vorbeden von

Arbeiterbewegung.

Riesenbergerarbeiterstreik in Australien. Am Samstag, 8. November, meldet ein Telegramm: Durch den Ausstand von zwölftausend Bergleuten in der Betriebe von sämtlichen Kohlenbergwerken von Newcastle und Maitland läuft gelegt. Die Bergleute anderer Distrikte werden sich voraussichtlich dem Streik anschließen. Zwanzig Schiffe, die in Newcastle Kohlen laden, werden durch den Ausstand dort festgehalten, und viele australische Dampfer werden deshalb außer Betrieb gesetzt werden müssen. Auch die Industrie wird von dem Ausstand schwer betroffen, da man eine lange Dauer des Kampfes befürchtet, und die Kohlenpreise allgemein gerinnt sind.

Aus dem Etat einer Tunnung. Die Agita wird von den Unternehmern immer wieder den Arbeitern als abschreckendes Mittel gegen die Organisation zu surgerieren versucht. Es wird ihnen einzureden versucht, daß es in die Gewerkschaften gezahlten Beträgen zum großen Teil zur Belohnung der Beamten verwandt werden. Das ist nicht wahr, wissen die Unternehmer und ihre Presbos allen sehr genau. Wie starken mit den Arbeitern in den Gewerkschaften gewischt wird, und daß die vereinbarten Summen unter Abzug geringer Verwaltungskosten den Arbeitern wieder aufgewendet werden, beweisen die Abrechnungen, die in dreifester Doppellöslichkeit erfolgen. Anders sieht es aber im Arbeitgeberlager in diesen Dingen aus.

Vor uns liegt der Rechenschaftsbericht der Tischler-Zunft zu Berlin für das Geschäftsjahr 1908, der hierzu eine wunderbare Illustration bietet. Unter den Einnahmen, die in den Betrieb von 9887,68 Mk. vom Jahre 1907, insgesamt 44.183,58 Mk. betragen, befinden sich 3560 Mk. an Beauftragungsgebühren für 496 Lehrlinge und 1282,80 Mk. Einschreibengebühren für 496 Lehrlinge, das übrige sind Beiträge der Mitglieder und rund 1500 Mk. Zinsen aus Kapitalien, sowie 1224,95 Mk. sonstige Einnahmen. Die Ausgaben belaufen sich auf 34.566,47 Mk., davon entfallen auf

Einschädingungen an den 1. Obermeister	4000,-
2. Obermeister	1200,-
Mendanten	2100,-
Schriftführer	800,-
Borkland	374,20
Kassierer	2701,20
die Beauftragten	400,-
Beiläufer	735,-
Verhüllungskommission	1920,-
Herbergskommission	80,-
den Syndikus	200,-
Beitrag zum Innungsausschuß	1809,05
zum Bund deutscher Tischlerinnungen	850,-
Repräsentation	921,90
Besondere Schreibarbeiten der Kassierer	90,-
Kubzelder usw.	74,05
Rechenschaft	105,-
Bureauhilfe	800,-
Das ergibt die Summe von	18.086,40 Mk.

für persönliche Verwaltungskosten und Repräsentation, denn 55 Stimme, die an den „Bund Deutscher Tischlerinnungen“ und an den „Innungsausschuß“ geleistet werden, wird auch zu Verwaltungskosten verrechnet. Hierzu kommt noch die Summe 2120,31 Mk. für fachliche Verwaltungskosten, sodass sich die Verwaltungskosten auf 21.180,71 Mk. = 81 Prozent bei einer Gesamtzahl von 24.500 Werk belaufen. Die übrigen Ausgaben setzen sich zusammen aus: 239,0 Mk. an den Gelehrtenauktionskatalog, 1185,15 Mk. Ausgaben am 25. Tischertag, 100,00 Mk. für Zuschuss zum evangelischen Lebendheim, 527,00 Mk. für einen Bezirksturm, 477,90 Mk. für Unterkosten des Lehreranzestellungen, 6518,09 Mk. für den Arbeitsnachweis, 87,50 Mark für das Herbergswesen, 154,00 Mark für Schulgebühr an unbemittelte Schüler, 2500,00 Mark Zuschuss an Fachschulen und 576,40 Mark Unterstiftung an unbemittelte Meister und Frauen. Noch nicht 11.000 Mark sind laut Abrechnung im Interesse der Innungsmitglieder und Lehrlinge verbraucht, während von den Lehrlingen allein 6000 Mk. an Ein- und Aufschreibengebühren an die Innungskäste gezahlt werden müssen. An unbemittelte Meister und Frauen wird die horrende Summe von 576,40 Mk. als Unterstiftung gezaubert, während die Festivitäten zum 25. Tischertag 1165 Mk. verbrauchen.

Daher die Aufschlüsselung: Eine gegenwärtigen Zustände bezeichnet.

Arbeiter nach Brüssel gesucht? In einer Reihe deutscher Blätter erscheinen ständige Anzeigen, in denen Arbeiter für die Bauten der im nächsten Jahre stattfindenden Brüsseler Weltaus-

Walls ausgeschrieben würden. Die „Fliegenden“ konfisziert! ... Von allem, womit uns das Blatt im Laufe langer Decennien beleidigt hat, ist dies zweifellos der beste Witz!

Hinter italienischen Klostermauern. Das „Berl. Tgl.“ meldet folgendes: Grauenregende Zustände sind im Kloster von Canti in der Lombardei entdeckt worden, das jetzt durch die Behörde geschlossen worden ist. Eine große Zahl der dort untergebrachten Erdbebenwaisen erwies sich als missbraucht und geschlechtert. Drei Mönche wurden verhaftet. — Ein Neapelser Geistlicher, der Doctor der Theologie Betti ließ sich einen schändlichen Gewaltakt zu schulden zu schulden, kommen. Als die Wüschein ihm aus Beichten folgte Wäsche brachte, mißhandelte er das Mädchen brutal und warf es schließlich die Treppe hinab. Das Mädchen starb im Spital. Als die Polizei den Geistlichen nach der Wache brachte, schlug ihn die entzürzte Menge halb tot.

Ist der Polizeihund ein königlicher Beamter. Aus Dresden schreibt man der „Frankfurter Zeitung“: Der Dresdenner Anzeiger, das gewichtige Umlaufblatt der sächsischen Residenz — es wird alljährlich als eins der schweren im ganzen Deutschen Reich registriert und übrigens auch vom Oberbürgermeister in Person gewissermaßen als Ober-Chef-Redakteur geleitet — datiert diese Tage auch einmal einen Witz geleistet und, wenn das etwa schon zuviel gesagt ist, jedenfalls einen noch weit besseren dadurch herbeigeführt. Das Blatt gab in seiner Nummer vom 28. v. Mz. den Bericht der „Frankfurter Zeitung“ über eine Dörrmunder Landgerichtsverhandlung betreffs der Frage wieder: „Wer zahlt das Schmerzensgeld, wenn einem ein Polizeihund beißt?“ und bemerkte im Anschluß hieran, daß diese Frage wohl noch mehr die Gerichte beschäftigen dürfte; besonders in Dresden sei sie schwer zu entscheiden, wo es neben den Polizeihunden der Königlichen Polizeidirektion auch noch „Hilfspolizisten“ gebe, die sich einzelne Gendarmen halten. Und noch angedeutet, wer wurde diese spicke Note durch ihre Spiekmarte: „Ist der Polizeihund ein königlicher Beamter?“ Nun, das war eben ein Scherz oder sollte wenigstens ein solcher sein. Sonst loßt qui mal vorspi! Der Verteidiger schlägt die Richter und Staatsanwälte hat es jedoch für nötig erachtet, in der heutigen Rätammer gegen die unpassende Vergleichung eines Polizeihundes und königlichen Beamten Verhöhnung einzulegen. Wen's lustt der traktiert sich eben! Bleiben nur noch die Richter zu erörtern, aus denen heraus genannter feindseligster Verein den Herrn Polizeihund an einer Stelle nimmt....

Flucht aus dem Gefängnis. Ein flüchtiges Fleischstück aus Berlin wurde dieser Tage im Hotel Kaiserhof in Belgard in Pommern entzweit und urtob gebracht. Es handelt sich um den Reisenden Dünnsbild, der wegen Unterschlagung freibrieflich verfolgt wurde. In seiner Begleitung befand sich ein Fräulein Hanna Dünn aus Berlin. Beide waren völlig mittellos. Dem Reisenden Dünnsbild ist es in der Nacht vor seiner Überfahrt nach Belgard gelungen, aus dem Belgarder Gerichtsgefängnis zu entfliehen. Seine Flucht hat Dünnsbild auf verwegenste Weise bewerkstelligt. Die Untersuchung ergab, daß er mit einem von seiner Bettstelle losgelösten Stück Eisen in der Außenwandrinne ein Loch hergestellt hatte, durch das er nach außen gelangte. Um ungefährdet aus seiner Zelle zu kommen, hatte er aus seinem Bettzeug ein Seil gemacht, an dem er sich aus dem zweiten Stock in den Hofraum des Gefängnisses herunterließ. Nachdem auch noch das letzte Hindernis, eine steilwandige Mauer, übersteigt war, suchte der Flüchtling das Weite.

Weiteres.

Hamburger Deerns.

Heiliger Bimbam! Hat man je — So was schon vernommen? Sind die Jäger an der See — Auf den Schatz gekommen? — Über sieh sie sonst vielleicht — Aufschalb der Normen, — Welche Liebesleben zeigt — So verschwatzte Formen? — Deutsches Wäldchen, mit Bergpunkt! — Ist das patriotisch, — Das ist ein Liebesbrunnen! — Leuker so erotisch! — Himmel, Arm und Bein durchbruch! — Gibts nicht welche Knaben? — In der Hansestadt genau! Die das Röhrge haben?

Nur durchaus ein Schwarzer sein! — Kinder, der Verdröte, — Nehmt doch in das Kämmerlein — Einen Essensherz. — Das der schwarze Feier da — Sein Meister auch lebt — Und das Herrscher — Kunstigerecht „belehrte“. — Über wandert nach der Welt — Über Niederbayern, — Läßt euch von Jochs“ dem als Pfarrer Heiligkreuz beurteilen. — Dorfen findet jede Frau — Etwas für das Herz: — Männer von getreu neuem Bau — Und gebt mir Schwarze!

Ach, du kriegst den blässen Tod, — Mensch, in helde Waden! — Was der brave Patriot — Da ist nicht entlaufen? — Womit es da nicht immerfort — Birne ne Tränen weinen, — Wie der Deutscher in der „No-d“ — Deutschen Allgemeinen? — Ja, mir solches führt — Wobei sich leicht getreifen, — Über mir in helles Licht — In die Rose beißen. — Doch das nicht angedacht! — Das ist mein Koller — Hier in Berlin sollt ausmädi! — Uff! jetzt ist mi wieder!

